

Der Tabak-Frbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Insereate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 6.

Sonntag, den 6. Februar.

1910.

Die Tabaksteuer im Bericht der Bremer Handelskammer.

Der für das Jahr 1909 erstattete Bericht der Bremer Handelskammer spricht von einem langsamen Wiederaufleben als Grundzug der wirtschaftlichen Entwicklung, das aber in Deutschland durch die neuen Reichssteuern gehemmt worden sei.

Es heißt darüber im Bericht:

„Bei dem Anziehen der Konjunktur auf dem Weltmarkt wäre auch in Deutschland wahrscheinlich ein schnellerer Fortschritt zu verzeichnen gewesen, wenn nicht die neuen Reichssteuern neben der bedeutenden Mehrbelastung der betroffenen Erwerbszweige auch durch ihre unbefriedigende Gestaltung ein starkes Moment der Unsicherheit für unser wirtschaftliches Leben mit sich gebracht hätten. Dazu kam als Folge dieser Gesetzgebung eine weitere Verteuerung wichtiger Lebens- und Genussmittel, die sich gerade nach zwei Jahren der Depression erschwerend fühlbar machen mußte.“

Die liberale Handelskammer Bremens beurteilt, wie man sieht, die Wirkung der neuen indirekten Steuern auf die allgemeine wirtschaftliche Lage sehr richtig; aber diese Einsicht war nicht bei den Liberalen im Reichstag vorhanden, denn bekanntlich wollten sogar die Freisinnigen mindestens 300 Millionen Mark indirekter Steuern bewilligen, darunter höhere Tabaksteuern, wenn auch in anderer Form. Aber indirekte Steuern müssen, welcher Art sie auch seien, immer schädlich auf die gesamte wirtschaftliche Lage wirken, weshalb konsequenterweise jeder vernünftige Politiker am System direkter Besteuerung festhalten muß.

Ueber die Wirkung der Tabaksteuer auf Handel und Industrie Bremens erfahren wir aus dem Bericht folgendes:

„Der Tabakhandel stand das ganze Jahr hindurch unter dem Zeichen der Steuerlast. Die Ungewißheit, wie sie beschaffen sein würde, die schon in den letzten vier Monaten des Vorjahrs lähmend auf den Absatz gewirkt hatte, bestand fast noch sechs Monate weiter.“

„Der Geschäftsgang in der Zigarrenindustrie war während des ganzen Jahres durch die Steuerbeunruhigungen und die Folgen des Tabakwertzollgesetzes stark beeinflusst.“

In den ersten Monaten des Jahres hielten sich manche Zwischenhändler bei ihren Einkaufsdispositionen sehr zurück, da sie noch immer mit der Möglichkeit rechneten, daß der ursprüngliche Banderolesteuergesekentwurf der Regierung angenommen werden könnte und daraus eine Nachverzollung auch ihrer Lagerbestände sich ergeben würde. Nach endgültiger Ablehnung dieses Entwurfs und namentlich nach der Annahme des Wertzollzuschlaggesetzes zeigte sich dann eine starke Kaufkraft, sowohl des Zwischenhandels wie auch der Käufer selbst. Die Fabrikation vermochte aber die Nachfrage des Zwischenhandels nur teilweise zu befriedigen, da die Frist zwischen der Annahme des Gesetzes und dessen Inkrafttreten nur sehr kurz war und wesentliche Betriebsveränderungen in einem Gewerbezweige, der auf gelernte Arbeiter angewiesen ist, in dieser Zeit nicht möglich waren.

In Baden wurde damals durch die Regierung jede Ueberarbeit in der Zigarrenindustrie untersagt, eine Maßregel, die zur Vermeidung einer weiteren Erschwerung des Uebergangs in die neuen Verhältnisse durch starke Vorverpackung der Zwischenhändler und Käufer nur zu begrüßen war. Hingzu kommt, daß bei den meisten Zigarrenfabriken der Absatz in den Vorjahren befriedigend war, so daß sie in das Berichtsjahr mit verhältnismäßig kleinen Lagerbeständen eingetreten sind. Soweit wird wohl mit Recht gesagt werden können, daß die gesamte Vorverpackung, die vor dem Inkrafttreten der neuen Steuer stattgefunden hat, nicht mehr als etwa die Normalproduktion von einem bis höchstens zwei Monaten umfaßt haben wird.

Wenn trotzdem der Rückschlag im Beschäftigungsgrade der Industrie nach dem Inkrafttreten der neuen Zoll- und Steuerbestimmungen außerordentlich groß war, so erklärt sich dies im wesentlichen dadurch, daß die Preiserhöhung der bisher geführten Sorten, trotzdem der bei weitem größte Teil der Industrie erfreulicherweise mit allen Kräften versucht hat, diesen klaren und offenen Weg zu gehen, auf sehr große Schwierigkeiten gestoßen ist. Vermehrt wurden die Absatzschwierigkeiten namentlich durch das Verhalten eines Teils der Presse. In unzutreffenden und jeder sachmännischen Kenntnis entbehrenden Berechnungen wurden die notwendigen Preiserhöhungen als unrichtig und übertrieben hingestellt, so daß zurzeit eine außerordentlich große Unsicherheit in bezug auf den voraussichtlichen Absatz der einzelnen Sorten und Preislagen besteht und sehr weitgehende Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen vorgenommen werden mußten.

Dabei ist leider zu befürchten, daß die Absatz- und Betriebsstörungen ihren Höhepunkt noch nicht überschritten haben, sondern daß noch längere Zeit vergehen wird, bis

die Fabrikation wieder in übersichtlichere und geordnete Verhältnisse kommen wird.“

Diese sachgemäße Darlegung ist eine harte Beurteilung der Steuerbewilliger sowohl wie derer, die mit dem ehemaligen Reichskanzler Bülow die neuen Steuerpläne in Nordern zusammenmogelten. Es sind also tatsächlich alle bürgerlichen Parteien an dem Unheil schuld.

Rundschau.

Folgen der Tabaksteuer. Bernburg. Mit dem 1. Februar müssen bei der Firma H. Koch u. Co. 5 Zigarrenmacher und 5 Widelmacher die Arbeit einstellen, vorläufig auf 4 Wochen. Es ist vorgesehen, daß alle 4 Wochen abwechselnd dieselbe Zahl feiern soll. Bis jetzt sind in Bernburg 11 Widelmacher und 7 Zigarrenmacher durch die neue Tabaksteuer arbeitslos, und eine ganze Anzahl verdient unter dem $\frac{3}{4}$ -Lohn.

Brake (Lippe). Die Firma Th. Schmidt u. Co. (Sitz Lemgo) läßt von ihren 45 Arbeitern circa 35 auf unbestimmte Zeit feiern.

Breslau. Hier sind 32 Arbeiter der Firma Chr. Rust entlassen; die Firma M. Lampe läßt 16 Arbeiter 3 Wochen lang aussetzen. Bei der Firma Bachur u. Scharte müssen wieder, es ist das das vierte Mal, 20 Arbeiter aussetzen. Dieselbe Firma hatte erst über Weihnachten sämtliche Arbeiter aussetzen lassen.

Großsteinheim. In der Fabrik der Gebr. Bernard ist die Arbeitszeit auf 7 Stunden täglich beschränkt worden. Die Arbeiter dieser Firma mußten schon vom Inkrafttreten der Steuer bis zum November mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten.

Kleinallmende. Bei der Firma G. Clevenhagen wurden am 24. Januar 11 Personen auf unbestimmte Zeit entlassen, 7 männliche, 4 weibliche; davon sind 2 weibliche und 7 männliche organisiert. Jedenfalls werden noch mehr entlassen werden.

Lorsch. Die Firma J. Reih (Sitz Mannheim) läßt ihre Arbeiter vom 1. Februar ab zum zweitenmal auf 4 Wochen aussetzen. 100 Arbeiter sind davon betroffen. Bei der Firma Karstensen u. Söhne müssen die Arbeiter schichtweise 4 Wochen aussetzen. Auch hier von werden 100 Arbeiter betroffen. Die Firma Gebr. Eberhardt (Sitz Lampertheim) hat ihren Betrieb mit ca. 40 Arbeitern ebenfalls auf 4 Wochen geschlossen.

Stralsburg (Elsaß). Die Wirkungen der Tabaksteuer machen sich auch jetzt in der Kaiserlichen Tabakmanufaktur bemerkbar. Die Zigarren- und Widelmacherinnen, die bei der Herstellung der Borrille, Zigarillos und Estrajes beschäftigt sind, müssen wöchentlich 2 bis $2\frac{1}{2}$ Tage aussetzen. Hierbei kommen annähernd 200 Arbeiterinnen in Betracht. Noch vor kurzem konnten diese Arbeiterinnen gar nicht daran glauben, daß auch sie von der Steuer betroffen werden könnten, das hielten sie im kaiserlichen Betriebe für ausgeschlossen. Unre Mitglieder wurden verhöhnt, wenn sie es ihnen prophezeiten. Heute ist das bereits eingetroffen. Hoffentlich finden diese auch bald den Weg zur Organisation.

Stuttgart. Hier sind eine Anzahl Zigarren- und Widelmacher auf unbestimmte Zeit entlassen worden; die noch in Arbeit Verbleibenden arbeiten auf Stückzahl. Auch in der Zigarettenindustrie ist der Geschäftsgang ein äußerst flauer, viele Arbeiter sind entlassen, andere arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit. Die Arbeiter dieser Branche haben eine Petition zur Erlangung der Staatsunterstützung an den Reichstag gesandt.

Tabakzoll und Tabakhandel. Im Jahresbericht der Handelskammer zu Hamburg für 1909 wird die Wirkung des Tabakwertzolles gewürdigt. Es heißt da unter anderem:

„Sehr zu leiden hatte der Tabakhandel unter der Einführung des Wertzolles auf Tabak. Die Bedenken, die wir schon früher gegen diese unpraktische und deshalb äußerst schwierige Art der Belastung des Tabaks erhoben haben, stellten sich bereits als leider nur zu berechtigt heraus; der mit dieser ungünstigen Besteuerungsform verfolgte Zweck einer gerechten Verteilung der Lasten ist überdies zum Teil verfehlt worden, da die wertvolleren Tabake infolge der höheren Besteuerung im Preise vielfach wesentlich gesunken, während umgekehrt die Preise der billigeren Tabake infolge lebhafterer Nachfrage stark gestiegen sind.“

So stellen sich also immer mehr die Schäden des neuen Steuergesetzes heraus. Das ficht aber die Steuerräuber wenig an.

Nachwehen der Tabaksteuererhöhung. Die Deutsche Tabakzeitung schreibt: „Die Interpellation im Reichstag wegen der Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter hat noch einmal grelle Schlaglichter auf die Folgen der Tabaksteuererhöhung fallen lassen. Man wollte und will es auch heute noch nicht wahr haben, daß das neue Tabaksteuergesetz geradezu verheerend in der Tabakindustrie wirkt und wirken muß. Auch Staatssekretär Bermuth, der die Interpellation beantwortete, sprach mit einer fast gemüthlichen Ruhe über die Wirkung des Gesetzes. Es ge-

hört ein nicht gewöhnliches Maß von Temperamentlosigkeit und — sagen wir einmal: Unbeirrtheit dazu, so ruhig und optimistisch zu bleiben, nachdem kurz vorher der Abgeordnete Geyer festgestellt hatte, daß nach Schätzungen der Arbeiterorganisationen rund 40 000 Arbeiter brotlos geworden sind. Von der unerhörten Einzigkeit dieses Vorganges hat offenbar die Regierung keine Ahnung. Ein Fünftel der Arbeiterschaft eines Industriezweiges ist durch das Gesetz einer für das Wohl des Volkes arbeitenden Regierung und einer vom Volke selbst eingesetzten Parlamentsmehrheit auf die Straße gesetzt worden, nicht blindlings, sondern, obwohl diese Folge vorausgesehen werden konnte und auch vorausgesagt wurde. Die Entschädigung der Arbeiter spielt hier, obwohl sie natürlich für die Betroffenen von großer augenblicklicher Wichtigkeit ist, eine durchaus sekundäre Rolle. Bedeutsamer ist, daß die arbeitserfeindliche Mehrheit die Entschädigung selbst für notwendig gehalten hat und noch hält, und bedeutsamer ist vollends, daß niemand im Zweifel über die nur ganz vorübergehende Wirkung der Unterstützung sein kann. Wenn dann zu allem Ueberflusse die Verteilung des Geldes schändlich vorgenommen wird, so ist wenigstens in dem Gesamtbilde, das nach der Steuererhöhung entstehen mußte, Stil. Der Staatssekretär hat sich im Reichstag mit einem Minimum von Kräfteaufwand bemüht, die Farben des Bildes etwas abzublassen. Das konnte ihm natürlich nicht gelingen.“

Vom Biermillionenfonds. In Ansbach (Bayern) hat man unseren schon längere Zeit arbeitslosen Kollegen in der Weihnachtswoche die Feiertage abgezogen, wodurch diese einen Ausfall an Unterstützungsgeldern von insgesamt 11 Mk. hatten, es kommen zwei Arbeiter in Betracht. Auf dem Arbeitsamt nimmt man sich die Ausführungen der Regierungsbeamten nicht zur Richtschnur und will bei Verweigerung von unsern Kollegen zugemuteten unausführbaren Arbeiten die Beiseinigung fürs Jollamt nicht ausstellen. Hier verlangte man sogar, daß Zigarrenarbeiter zum Eisen gehen sollten. Als dieses verweigert wurde, frag man nach den Gründen der Weigerung. Die Arbeiter erklärten, daß sie nicht im Besitz von Wasserstiefeln seien. Darauf erfolgte dann die barsche Antwort: „Dann müssen Sie sich welche kaufen!“ Die Arbeiter sagten, die Unterstützung reiche nur für den notwendigen Lebensunterhalt aus, Neuanfassungen könnten sie nicht machen und erklärten, falls die Behörde wasserdichte Stiefel besorgen würde, würden sie, so schwer die Arbeit auch sei, die Arbeit übernehmen. Dies wurde aber abgelehnt.

Zur Staatsunterstützung. Während zuerst die Zollbehörde auch den vom Militär entlassenen Zigarrenarbeitern die Staatsunterstützung bewilligte, ist das jetzt geändert worden. Die Kollegen Bäumer und Schröder in Hildenhausen waren abgewiesen worden. Auf Reklamation bei der Oberzolldirektion in Münster, welche Gauleiter Schläter einreichte, erhielt er folgenden Bescheid:

Königlich Preussische Oberzolldirektion für die Provinz Westfalen.

Eing.-Buch No. 1074. Münster, den 24. Januar 1910.

Auf die Eingabe vom 22. Januar d. J. bei Rücksendung von 7 Anlagen.

Es trifft zwar zu, daß in verschiedenen Fällen an Tabakarbeiter, die im Herbst 1909 nach Ableistung der allgemeinen Militärpflicht nicht gleich Arbeit im Tabakgewerbe gefunden hatten, Unterstützungen aus dem zufolge Art. 11a des Ges. vom 15. Juli 1909 geschaffenen Fonds gezahlt worden sind.

Es ist indessen neuerdings vom Herrn Finanzminister im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler (Reichsschatzamt) durch Erlaß vom 6. Januar 1910 III. 22 605 die Entscheidung getroffen, daß in derartigen Fällen ein Anspruch auf Unterstützung nicht vorliegt, ein solcher vielmehr nur anzuerkennen sei, wenn es sich um Ableistung militärischer Übungen handle. Wenn auch von einer Wiedereinziehung der bereits gezahlten Unterstützungen abgesehen werden wird, so kann doch eine Gewährung von Unterstützungen an die Zigarrenarbeiter Bäumer und Schröder nicht erfolgen.

Sie wollen dies den Genannten, in deren Auftrag Sie — wie ich annehmen darf — vorstellig geworden sind, mitteilen. (Name unleserlich.)

An den Tabakarbeiter

Herrn Wilhelm Schlüter in Bielefeld.

Beiden Kollegen ist es erst anfangs Dezember gelungen, Arbeit zu bekommen. Erst mußten sie zwei Jahre dem Staate als Soldat dienen, demselben Staat, der ihnen durch die Tabaksteuer ihren Erwerb zerstört hat. Vier Millionen hat der Reichstag zur Verfügung gestellt, aber Arbeiter können Betteln geben. Sie bekommen nichts davon, weil sie nicht infolge der Tabaksteuer entlassen wurden, sondern „freiwillig“ ihre Arbeit aufgegeben haben, indem sie Soldat wurden.

Die Tabakarbeiter-Unterstützung in Streikfällen. Verschiedentlich wird von den mit der Auszahlung der Unterstützung für arbeitslose Tabakarbeiter betrauten Behörden der Versuch gemacht, die Arbeitslosen an Streikorte abzuschieben und ihnen im Weigerungsfalle die Unterstützung zu entziehen. Zuletzt wurden solche Versuche in Gölitz und Liegnitz unternommen. Auf den Einspruch der Dr-

ganisation ist dem Gauleiter Clement folgender Bescheid des königlichen Hauptzollamts Liegnitz zugegangen:

Liegnitz, den 22. Januar 1910.

Auf Ihr Schreiben vom 23. d. Mts. teile ich Ihnen mit, daß nach den Bestimmungen des § 4 Absatz 2 der Ausführungsbestimmungen zu Art. 11a des Gesetzes vom 15. Juli 1909 wegen Nennung des Tabaksteuergesetzes keineswegs verboten ist, beschäftigungslose Tabakarbeiter Fabriken zuzurufen, in denen der Streik ausgebrochen ist. Erst, wenn die Leute erklären, daß sie aus Gründen, welche den Satzungen ihrer Organisation entgegenstehen, die nachgewiesene Beschäftigung nicht annehmen können, ist in Zweifelsfällen der Gewerbeaufsichtsbeamte gezwungen, unter Zuziehung von Vertrauensmännern aus der Arbeiterschaft zu hören.

Eine diesbezügliche andere Bestimmung als diese ist bei dem Hauptzollamt Breslau-Nord auch nicht bekannt.

Den einzigen Schutz vor dem Zwang zu Streikbrecherdiensten gibt also nur noch der Beitritt zur Organisation. Nur der organisierte Arbeiter, der auf den von seinem Verbandsgebilligten Streik hinweist, kann sich der Verärgerung an seinen Kollegen entziehen, ohne die Unterstützung zu verlieren.

Zur Unterstützungsfrage der Tabakarbeiter schreibt die Deutsche Tabakzeitung: „Unter den Tabakarbeitern soll vielfach die Meinung verbreitet sein, daß sie jeden Anspruch auf Unterstützung nach Maßgabe des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909 verlieren, sobald sie außerhalb des Tabakgewerbes Arbeit, wenn auch nur zeitweilig, annehmen. Diese Ansicht ist eine irrige, gerade das Gegenteil trifft zu. Denn nach § 4 Abs. 1c der Ausführungsverordnung zum Artikel 2a des erwähnten Gesetzes ist derjenige nicht unterstützungsunfähig, wer ohne zureichenden Grund verabsäumt, sich um die Erlangung einer an seinem Wohnort oder in dessen Nähe gebotenen und geeigneten Arbeit, auch einer solchen außerhalb des Tabakgewerbes, zu bewerben.“

Ein bayerischer Schulpalast. Im Dorfe Miesbrunn in der Oberpfalz erfuhr dieser Tage der Unterricht der Volksschule eine läche, wenn auch für Kenner bayerischer Schulkulturen nicht verwunderliche Unterbrechung. Es stürzte plötzlich mit Donnergepolter und unter Staubwolken ein Teil der baufälligen Decke herab auf die Schulbänke. Zum großen Glück fehlten infolge der außerordentlich schlechten Witterung eine Anzahl Schüler, weshalb die von dem herabstürzenden Schutt getroffenen Schulbänke leer waren und infolgedessen ein großes Unglück durch reinen Zufall abgewendet wurde. Wer hat je von einem Einsturz bayerischer Klöster und Pfarrhäuser gehört?

Behrens und Burdhardt. Die Abwehrkorrespondenz meldet: Die beiden christlichsozialen Reichstagsabgeordneten Behrens und Burdhardt sind kürzlich in einer Versammlung im Wahlkreis Weimar empfindlich bloßgestellt worden. Die christlichsoziale Presse hatte nämlich hartnäckig falsche Nachrichten über die Abstimmungen der beiden Abgeordneten beim Kaffeegeld verbreitet. Daraufhin wurde in einer liberalen Versammlung in Garbenheim auf Grund des Abstimmungsprotokolls festgestellt, daß ... bei der Gesamtabstimmung über den Gesetzentwurf betreffend die Änderungen im Finanzwesen das Gesetz mit dem erhöhten Kaffeegeld von beiden Abgeordneten angenommen worden ist. Die Versammlung forderte daher von beiden Abgeordneten öffentlich Rechenschaft darüber, wie sie es wagen ... können, der Wahrheit zuwider, in der christlichsozialen Presse, insbesondere der Arbeit, verantwortlichen Redakteur Abg. Franz Behrens, Nr. 29 vom 17. Juli 1909 und dem Volk, Nr. 206 vom 3. September 1909 zu verbreiten, die beiden christlichsozialen Abgeordneten hätten gegen die Erhöhung des Kaffeegelds gestimmt. Diese Resolution, die die Fälscherpraktiken der beiden christlichsozialen Blätter so schonungslos aufdeckt, ist den beiden Pressorganen gehörig in die Glieder gefahren. Das Volk muß schuldlos eingesehen, daß die Behauptungen der christlichsozialen Presse nicht aufrecht zu erhalten seien, und sucht Herrn Behrens, den verantwortlichen Redakteur der Arbeit, durch die plumpe Ausrede zu entlasten, daß er damals in Berlin gewesen sei und für den Irrtum „des zweiten Redakteurs“ doch nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Ein wunderbarer „Irrtum“. — Warum kommt Herr Behrens mit dieser Entschuldigung erst nach der Enthüllung?

Von den Steuerhinterziehern. Es ist in letzter Zeit namentlich von der Sozialdemokratie oft darauf hingewiesen worden, daß die Einnahmen des Staats an direkten Steuern bedeutend höher sein würden, wenn die reichen Leute richtige Einkommensdeklarationen abgeben würden. Wie aber die Steuererklärungen ausfallen, zeigen folgende Zahlen: In ganz Preußen wurden im Steuerjahr 1908 738 363 Steuererklärungen abgegeben. Das sind zirka 40 000 mehr als im Jahre 1907. Von den Steuererklärungen des Jahres 1908 mußten nicht weniger als 236 063, also ungefähr der dritte Teil, wegen Fehlern und Unrichtigkeiten beanstandet werden. Daß die Beanstandungen auch mit Recht erhoben wurden, geht daraus hervor, daß in 75 Prozent der Fälle der Steuerjahrsentscheid richtiggestellt werden mußte. Infolge der Beanstandungen sind gegenüber den Angaben der Steuererklärungen an steuerpflichtigem Einkommen rund 330 Millionen Mark, und an Staatseinkommensteuern rund 11 Millionen Mark mehr festgestellt bzw. veranlagt worden. Im Verhältnis zur Steuersumme ergibt sich, daß schließlich 35 Prozent mehr veranlagt, als von den Steuerzahlern angegeben worden ist. Wäre entsprechend den Junfermannschen nichts beanstandet worden, so wären die Steuerpflichtigen um mehr als ein Drittel zu wenig veranlagt worden. Dabei ist bekannt, wie wenig gründlich die Beanstandungen noch sind und noch sein können.

Berichte.

Heidenheim. Hier tagte am 23. Januar im Saal eine Generalversammlung der Zahlstelle des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Der erste Bevollmächtigte hieß die anwesenden vollzählig erschienenen Mitglieder herzlich willkommen. Kollege 2. Bevollmächtigte, gab einen Überblick über die Geschäfte im laufenden Jahr. In Heidenheim sei seit Jahren ein Stillstand in der Organisation eingetreten, selbst die drohende Gefahr der Tabaksteuerung habe keine Energie unter die Kollegen gebracht. Trotzdem alles versucht wurde, habe es die Mühe und die Arbeit nicht gelohnt. Viele seien dem Verband ferngeblieben. Erst nach dem Inkrafttreten der Steuer im 4. Quartal, wo der Gauleiter Heising mit den schlagendsten Be-

weisen aufwarten konnte und mittlerweile auch hier Verschlechterungen eintraten, haben die Kollegen in befruchteter Anzahl begriffen, daß sie nur Schutz haben durch eine Organisation. Demzufolge hatten wir im 4. Quartal 17 Neuaufnahmen zu verzeichnen; es müsse jetzt mit aller Kraft weitergearbeitet werden. Der Gauleiter gibt noch eine kleine Erläuterung zur Agitation am Orte und stellte ein Referat der Genossin Fräulein Grunberg in Aussicht. Alsdann verlas der 2. Bevollmächtigte die Quartalsabrechnung, welche genehmigt wurde.

Nach vorausgegangener Wahl der Verwaltungsbeamten referierte der Gauleiter Abg. Heising über das Thema: Die Verschlechterung vor und nach der Tabaksteuerung in unserm Gewerbe und führte folgendes aus: Wir haben ein arbeitsreiches Jahr hinter uns. Ein ebenso arbeitsreiches Jahr mit düsteren Wolken am wirtschaftlichen Horizont, veranlaßt durch die vom Zentrum und den Konservativen angenommene Tabaksteuer, habe begonnen. Im heißen Kampfe um die Existenzbedingungen vieler Berufsleute seien wir im Abwehrkampf gegen die Steueransätze unterlegen. Es sei aber verfehlt, wölken wir den Mut sinken lassen. Der mit großer Bravour geführte Kampf gegen die Tabaksteuerung habe gezeigt, daß Tausende heller Köpfe in unsern Reihen stecken, die auch gewillt sind, weitere Kämpfe zu führen. Jetzt gelte es, das, was wir in den letzten Jahren errungen haben, festzuhalten, damit keine Verschlechterungen auf dem Lohngebiete eintreten. Der Deutsche Tabakarbeiterverband marschierte in der Protestbewegung mit seinen Mitgliedern an der Spitze. Heute wollten das die Christlichen hinwegjagen, aber im Protokoll des Berliner Kongresses sei diese Wahrheit verewigt, ebenso in den Berichten des Reichstags und in den Petitionen, welche von den Mitgliedern des Deutschen Tabakarbeiterverbandes zusammengetragen sind. Mit Sachkundigkeit und Schärfe haben unsere alten Berufsleute in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unsere Sache im Reichstag vertreten. Hierbei konnte man aufs neue konstatieren, daß die Interessen der Arbeiter am besten gewahrt sind in einer Vertretung der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie. Und was wurde auf der andern Seite festgestellt? Dort sah man, wie die Zentrumsfraktion, die Protektorin der christlichen Gewerkschaften (auch des christlichen Tabakarbeiterverbandes) die armen, darben Tabakarbeiter durch Annahme der Tabaksteuer ihres Erwerbszweiges beraubte, selbst einige christliche Gewerkschaftsführer, welche der Zentrumsfraktion angehörten, stimmten für die Tabaksteuerung. Angesichts solcher Tatsachen sei es mehr als Frechheit, wenn man jetzt den Tabakarbeitern einzureden veruche, ihre Interessen seien bei dem Zentrum und seinem christlich-gewerkschaftlichen Anhang am besten gewahrt und aufgehoben. Man preise die Staatsunterstützung himmelhoch. In Wirklichkeit sei aber bei Inanspruchnahme von Staatsunterstützung ein Ausfall am früheren Verdienst zu verzeichnen. Die badischen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen verdienen durchschnittlich keine 9 Mark pro Woche, rechnet man hier 1/2 Unterstützung, welche sich die Behörden zur Grundlage genommen haben, so ergibt das eine wöchentliche Unterstützung von 6 Mark. Das scheint diesen Arbeitervertretern genügend zu sein, um sich damit zu ernähren. Wenn die Zentrumsfraktion in den Antrag Giesberts die Worte „nicht weniger als 1/2 ihres früheren Arbeitsverdienstes“, gebracht habe und jetzt sich darauf berufe, man könne auch mehr erhalten, so sei das in Anbetracht der Praxis der Behörden eine blutige Ironie. Allein in Baden sind den Tabakarbeitern, welche unterstützungsunfähig waren, trotz der Unterstützung, 63 000 Mark Arbeitslöhne entwendet; das sei die große Tat der Steuerwilligen. Das Organ der Christlichen veruchte in jeder Nummer eine Vertuschung dieser Sünden. Aber die Wahrheit bleibt bestehen und bricht sich Bahn; es beginnt zu dämmern, auch bei den badischen Tabakarbeitern. Aber mehr als bisher müsse geschrien; mächtiger und nachhaltiger müsse die Agitation entfaltet werden: die Geister müssen jetzt im Drange von Not und Elend geweckt werden, alles müsse zur Organisation herangeholt werden; jeder müsse ein Kämpfer werden für Aufbesserung seiner Existenz. Sei der Süden erobert, dann sei der Zeitpunkt herangereicht, wo unsere Industrie in ganz andern Bahnen gelenkt werde. Die Hebung der Löhne im Süden sei eine Sicherstellung der Löhne unserer nord- und mitteldeutschen Kollegen. Wie aber und auf welchem Wege und mit welchen Mitteln könnten wir diesem gestecktem Ziele näherkommen? Das könne nach seinem, des Redners Dafürhalten am besten und nachdrücklichsten geschehen, wenn wir dazu schreiten, einen Kongreß der gesamten süddeutschen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen einzuberufen, wo einmal von allen Seiten unsere Lage und die Verhältnisse besprochen wird, um so die Allgemeinheit auf die bedrückte Lage und die grenzenlose Ausbeutung der Tabakarbeiter aufmerksam zu machen und unsere Berufsleute zum Kampfe aufzufächeln für bessere Löhne und eine menschenwürdige Behandlung. In diesem von mir gedachten und erläuterten Beginnen werden wir nicht allein stehen, die gesamten Berufsleute von Nord- und Mitteldeutschland werden die Hand zum Gelingen bieten. Zur Einberufung eines solchen Kongresses ist nach meinem Dafürhalten die Zeit gekommen, gerade jetzt, zurzeit der Umwälzung, wird es notwendig sein, einen Voranblick zu tun. Die norddeutsche Fabrikationsmethode werde mehr und mehr im Süden eingeführt. Ueberall, wo kapitalträchtige Firmen vorhanden sind, werden norddeutsche Sortierer aus den bedeutendsten Firmen als Meister eingestellt, um sich allen Methoden der besseren Fabrikation anzupassen. Gangbare und komplizierte Fassons kommen zur Anfertigung, aber nur das eine vollziehe sich nicht, die norddeutschen Löhne würden nicht gezahlt. Man verlange bessere Arbeit und zahle Schundlöhne; so betreihe man die Schmutzkonzurrenz im höchsten Maße. Hier sei der Hebel anzufassen. Mehr Propaganda, mehr Agitation, das müsse jetzt unsere vornehmste Pflicht sein. Das Gebiet und die Verhältnisse von Nord- und Süd sind uns besser bekannt, als vor einigen Jahren, unsere Pflicht sei es daher, zu rufen, wenn das Eisen heiß ist, damit es geschmiedet werden kann. Die Verhältnisse in Mittel- und Oberbaden seien für uns günstig. Wirbeln wir die Trommel und werben wir Kämpfer, dann gewinnen wir auch Schlachten auf wirtschaftlichen Gebieten für die süddeutschen Tabakarbeiter. Starker Beifall lohnte dem Redner.

In der nun einsetzenden Diskussion nahmen die Kollegen allerorts Bezug auf die im Vortrag angeregten Punkte über Agitation und Organisation. Alle Redner erblickten in der Einberufung eines solchen Kongresses das wirksamste Mittel zur Förderung der Organisation und zur Verdrängung der Schmutzkonzurrenz, womit eine Hebung der Arbeitslöhne verbunden sei. Auch die andern südlichen Bezirke haben ebenso stark unter der Schmutzkonzurrenz der oberbadischen Fabrikation zu leiden, wie der Norden. Daher gelte es allerorts, die Einberufung eines Kongresses zu propagieren.

Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute, am 23. Januar, im Saal in Heidenheim tagende öffentliche Tabakarbeiterversammlung erkennt die Notwendigkeit zur Einberufung eines süddeutschen Tabakarbeiterkongresses unter allen Umständen an und erblickt in der Abhaltung desselben das geeignetste Mittel, eine Kräftigung der Organisation herbeizuführen und dadurch die Arbeitslöhne des Südens zu heben und der Schmutzkonzurrenz Abbruch zu tun.“

Koburg. Am 9. Januar fand hier in der Restauration unfrs Mitgliedes Otto Zeiler, Marschplatz Nr. 20, eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1909; 2. Besprechung über eventuelle Änderungen in der Zahlstelle Koburg und Verschlußfassung hierüber; 3. Wahl der gesamten Ortsverwaltung; 4. Jahresbericht der Ortsverwaltung; 5. Verschiedenes. Die Versammlung wurde um 3 Uhr vom 1. Bevollmächtigten, Kollegen Heidrich, eröffnet und es wurde festgestellt, daß außer den Mitgliedern von Koburg noch je ein Mitglied von Steinbach und Burghundstadt, sowie unser Gauleiter, Kollege Wiesen aus Erfurt, anwesend

waren. Hierauf erstattete Kollege Geißel den Kassenbericht; er ergab einen Barbestand am Schlusse des 4. Quartals von 50.13 Mark. Hiervon wurden auf Antrag der Versammlung 50 Mark an den Hauptvorstand geschickt. Die Abrechnung wurde geprüft und alles in bester Ordnung befunden und daraufhin dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann gab der 1. Bevollmächtigte Heidrich den Bericht über das verflossene Geschäftsjahr. Er führte in kurzen Auszügen noch einmal den Mitgliedern vor Augen, wie das Jahre 1909 für die Tabakarbeiter begonnen habe und streift noch einmal alles, was die Zahlstelle Koburg im verflossenen Jahre geleistet hat. Er kam zu dem Schluß, daß das Jahre 1909 für die Tabakarbeiter ein richtiges Kampfsjahr gewesen sei, aus dem wir aber gestärkt hervorgegangen seien; das beweise der Aufschwung, den unser Verband bezüglich seiner Mitgliederzahl genommen habe. Auch die Zahlstelle Koburg ist von 8 Mitgliedern, welche im 1. Quartal 1909 dem Verbands angehörten, auf 20 Mitglieder am Schlusse des 4. Quartals 1909 gestiegen. Kollege Wiesen nahm hierzu das Wort, streifte noch einmal den Kampf gegen die Tabaksteuer und forderte zu immer kräftigerer Agitation für den Verband auf. Die Besprechung über eventuelle Änderungen in der Zahlstelle Koburg nahm eine längere Zeit in Anspruch. Hauptächlich zur Erörterung dieser Angelegenheit war Kollege Wiesen zugezogen worden. Da aber diese Angelegenheit erst im März endgültig ihre Regelung erfahren kann, so wurde im Anschluß hieran auch die gesamte Ortsverwaltung bis dahin wieder beibehalten: 1. Bevollmächtigter Georg Heidrich, 2. Bevollmächtigter Georg Geißel, beide in Koburg, 3. Bevollmächtigter Franz Wiedel in Steinbach, sowie R. Söllner-Steinbach, J. Mödel und R. Koburg, Reiskoren. Unter Verschiedenes wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

Süßede. Am 19. Januar fand bei Wirt Baumeister unsere Mitgliederversammlung statt. Als 1. Punkt wurde die Abrechnung vom Kassierer verlesen und einstimmig anerkannt. Als 2. Punkt wurde die Wahl der Bevollmächtigten und Kontrollen vorgenommen; gewählt wurden die Kollegen: Wihl. Große-Nobis als erster, Heint. Kroos als zweiter und Alfred Kolbe als dritter Bevollmächtigter; zu Kontrollen die Kollegen: Karl Blase, Karl Schrewe und Karl Wihl. Als Kartelldelegierte wurden im Punkt 3 die Kollegen Wihl. Große-Nobis und Karl Schrewe gewählt. Es wurde sodann zu Punkt 4, Gründung einer Lokalkasse, übergegangen. Im allgemeinen wurde anerkannt, daß es notwendig sei, dieselbe zu beschließen, da man doch nicht mehr von den Bevollmächtigten verlangen könne, daß sie wie bislang den Beitrag zum Kartell von den ihnen zustehenden Prozentsätzen bezahlten, welche doch für ihre Mühe und Arbeit bestimmt seien. Wenn auch von einigen Kollegen darauf hingewiesen wurde, daß durch die Gründung Abminderungen vorzukommen könnten, so wurde dieselbe doch beschlossen und erklärt, daß doch nur die Organisation die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen vertrete. Als Beitrag wurden 20 Pf. pro Quartal festgesetzt, die Mitte eines Quartals erhoben werden sollen. Wenn nun doch noch trotz des niedrigen Beitrags sich Mitglieder abmelden sollten, so könnte man sagen, daß solche Mitglieder noch nicht die Ideen der Organisation begriffen hätten. — In Verschiedenes gab Kollege Kolbe Bericht von der Konferenz in Mosho, wovon die Versammlung Kenntnis nahm. Des weiteren wurde von den anwesenden Kollegen scharfe Kritik an dem schlechten Versammlungsbesuch geübt.

Kollegen, es ist tief beschämend, wenn eine Versammlung zweimal bekannt gegeben ist und dann von solch einer Mitgliederzahl nicht mehr in der Versammlung erscheinen. Laßt es euch sagen, ihr, die Säumnigen, von denen, die Interesse für die Organisation zeigen. Waren es doch gerade die Kollegen von den Fabriken W. Brune und Aug. Blase, welche stets so wenig Interesse den Mitgliederversammlungen entgegenbringen. Kollegen, habt ihr es denn nicht mehr nötig? In Anbetracht der jetzigen Krise müßten doch alle Tabakarbeiter ein weit größeres Interesse zeigen, damit die Lage nicht noch schlechter wird. Deshalb hinweg mit der Kleinmütigkeit, mit der Uneinigkeit. Erteilt eure Pflicht und besucht pünktlich eure Versammlungen.

Moringen (Solling). Am 22. Januar tagte im Felsenkeller, Gastwirt Siebrecht, die Generalversammlung. Auf der Tagesordnung standen: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1909; 2. Jahresbericht; 3. Vorstandswahl; 4. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom 1. Bevollmächtigten erörtert, für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Jahresbericht wurde vom 1. Bevollmächtigten verlesen. Zum 1. Bevollmächtigten wurde Kollege Karl Boges wiedergewählt. In Anbetracht der Kleinheit der Zahlstelle wurden ihm auch die Kassenführung und die schriftlichen Arbeiten übertragen. Zum 3. Bevollmächtigten wurde Ernst Hermann wiedergewählt, zu Kontrollen wurden die Kollegen Ernst Frank, Karl Hermann und Karl Schmidt gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Beim Punkt Verschiedenes wurde vom Kollegen Aug. Roje der Vorschlag gemacht, den Fonds der Lokalkasse in der nächsten Versammlung — da wir dann auf ein einjähriges Bestehen der Zahlstelle zurückblicken — zu verwenden.

Neilingen. Am 23. Januar fand hier eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt. Das Thema: Die Wirkung der Tabaksteuer auf die Lage der Tabakarbeiter, behandelte der Gauleiter J. Krohn von Heidelberg in 1 1/2 stündiger Rede. Redner schilderte zunächst die Wirkung, die die Steuer vom Jahre 1879 auf die Lage der Tabakarbeiter der hiesigen Gegend gehabt habe. Er wies dann zahlenmäßig nach, wie außerordentlich schädigend die jetzige Steuererhöhung auf die Tabakarbeiter dieser Gegend gewirkt habe. Die Zahl der Arbeitslosen sei in diesem Bezirk wieder sehr gestiegen; allein in Neilingen haben jetzt 250 Tabakarbeiter keine Arbeit, und die, die noch arbeiten könnten, seien in ihrem Verdienst auch sehr geschädigt, so daß es wohl wenige Tabakarbeiter geben werde, die mehr als drei Viertel von dem verdienen, was sie vor der Steuer hatten. Der Millionen Schaden, den die Arbeiter von dieser Steuer hätten, sei leider schlecht zu berechnen. Um nun diesen Schaden möglichst bald wieder wegzumachen, sei es notwendig, daß sich die Arbeiter jetzt fester zusammenstießen als je zuvor. Mit der Aufforderung, Mitglied des Deutschen Tabakarbeiterverbandes zu werden, schloß er seine interessanten Ausführungen. Es fand eine sehr lebhaft Diskussion statt, die sich bis auf eine Ausnahme (was dieser Redner wollte, wissen wir nicht), im Rahmen des Referats bewegte. Die Versammlung hatte gewirkt, es ließen sich gleich eine Anzahl in den Verband aufnehmen, so daß die Gründung einer Zahlstelle vorgenommen werden kann.

Vereinstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telefon Nr. 6046.

Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren. Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Eilken, Altona-Dittensen, Scheel-Platzstraße 1, I., zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Das nachstehende Mitgliedsbuch ist zu konstatieren und beim Vorstand einzusenden:

Zigarrenmacher Friedrich Dietrich aus Heide i. Holst., geb. am 27. 12. 85, aufgen. am 2. 4. 04, Buch S. I, Nr. 10727, Kl. IV. Das nachstehende Mitgliedsbuch ist als verloren gemeldet: Emil Borrman aus Freiberg, S. I, Nr. 7982, aufgen. 1. 6. 03

Reden zur sozialdemokratischen Interpellation über den Viermillionenfonds.

Gehalten am 17. Januar 1910 im Reichstage.

II.

Bermuth, Wirklicher Geheimer Rat, Staatssekretär des Reichsschatzamts, Bevollmächtigter zum Bundesrat: Meine Herren, die Beantwortung der Interpellation wird mir dadurch erleichtert, aber auch erschwert, daß die in ihr behandelten Fragen und noch einige andere bereits am 14. Dezember sehr eingehend erörtert worden sind. Auch ich habe damals Gelegenheit gehabt, mich namens des Herrn Reichsschatzkanzlers und namens der verbündeten Regierungen zu äußern. Wenn ich meine damaligen Ausführungen kurz zusammenfassen darf, so gingen sie dahin:

Die Infraktion der Unterstützungsvorschriften war bei ihrer völligen Neuheit naturgemäß anfangs mit einigen Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten verbunden. Der Herr Reichsschatzkanzler ist aber im Verein mit dem Bundesrat nachdrücklich bemüht gewesen und auch jetzt noch bemüht, dem Gesetz eine warmherzige und weitherzige Auslegung und Ausführung zu sichern, ebenso die ihm unterstellten Organe, darunter auch die von dem Herrn Interpellanten erwähnten Geheimräte des Reichsschatzamts. Der Herr Reichsschatzkanzler ist überzeugt, daß die Ausführungsbestimmungen, welche der Bundesrat am 26. November erlassen hat, nachdem er erst tastende Versuche gemacht hatte, ganz geeignet sind, eine solche Ausführung zu gewährleisten, und er hat sich davon überzeugt, daß die Behörden eifrig bemüht sind, an der Erreichung dieses Ziels mitzuwirken.

Ueber die Bemessung des Fonds, von der in der Interpellation die Rede ist, hat der Herr Vorredner nicht gesprochen. Ich enthalte mich also darüber zurzeit einer Äußerung.

Meine Herren, es ist eigentlich seit dem 14. Dezember nichts eingetreten, was eine veränderte Stellung erheischen würde (Sehr richtig! in der Mitte), und ich sage Ihnen ganz offen, daß ich eigentlich auch nicht meine, daß das, was der Herr Vorredner hier vorgeführt hat, eine veränderte Haltung rechtfertigt. Ich hatte ausdrücklich anbeigelegt, Herr Abg. Geyer, Sie möchten die Güte haben, wenn Sie Einzelfälle bei der Interpellation vorbringen wollten, sie mir vorher mitzuteilen, damit ich in der Lage wäre, ihnen nachzugehen. Heute sagen Sie, Sie stellten Ihr Material dem Schatzsekretär zur Verfügung. Ja, heute kann ich es nun doch nicht mehr gut prüfen, und Sie werden mir nicht von mir verlangen, daß ich alle die Einzelfälle jetzt sofort aus freier Hand beantworte. Meine Herren, — das betone ich nochmals, und wir sind ja häufig in der Lage, das zu betonen — es ist unmöglich, daß der Reichsschatzkanzler in einer Angelegenheit, die hier noch dazu nach dem ausdrücklichen Wortlaut des Gesetzes den Einzelfällen überwiesen ist, fortwährend über sämtliche Einzelfälle Rechenschaft fordert, selbst wenn wieder eine Beschwerde vorliegt, noch klar ist, daß der Landesfinanzsenat erschopt war. Ob der Landesfinanzsenat in den von dem Herrn Abg. Geyer angeführten Fällen erledigt worden ist, darüber habe ich aus seinen Ausführungen Bestimmtes nicht entnehmen können. Es scheint dies nicht der Fall zu sein. Vor allen Dingen aber scheint mir, als ob fast sämtliche von ihm angeführten Fälle — er deutete das am Schluß wohl selbst an — vor dem Erlaß der definitiven Ausführungsbestimmungen vom 26. November liegen. (Hört, hört! in der Mitte.) Er hat nur einen oder zwei spätere Fälle angeführt. Ich glaube, auf den einen Fall könnte ich ihm sogar antworten; ich will versuchen, das nachher zu tun. Von dem zweiten Fall ist mir nichts bekannt geworden.

Meine Herren, ich habe auch nach der Sitzung vom 14. Dezember mit Vertretern der Arbeiterschaft in Verbindung gestanden, und es sind dabei noch mehrere Punkte zur Sprache gekommen, in denen ich in der erfreulichen Lage war, zuzuschauen, daß auch noch über die Bestimmungen vom 26. November hinaus dem Standpunkt der Arbeiterschaft Rechnung getragen werden sollte. Ich habe das gern veranlaßt. Auch habe ich mit den Bundesregierungen mich in laufendem Benehmen über die allgemeine Ausführung des Gesetzes gehalten und die Reichsbevollmächtigten veranlaßt, mir periodisch darüber Bericht zu erstatten. Ich wiederhole, daß während der ganzen Zeit, in der die Ausführungsbestimmungen in Kraft sein werden, von mir das Gleiche geschehen wird, um dem Gesetz die Auslegung zu sichern, welche ihm nach unserer besten Ueberzeugung gebührt. (Beifall in der Mitte.)

Vielleicht interessiert es Sie an dieser Stelle, meine Herren, zu erfahren, was im Monat Dezember aus dem Unterstützungsfonds angegeben worden ist. Ich hatte erwähnt, daß von Mitte August bis Ende November rund 1 228 000 Mk. aufgewendet waren. Bis Ende Dezember sind 1 615 000 Mk. ausgegeben. Es waren also im Dezember rund 387 000 Mk. ausgegeben; das ist wesentlich weniger als im Monat November, der eine Ausgabe von 518 000 Mk. gehabt hat. Auf die Gründe, die ja sehr nahe liegen, werde ich mir erlauben nachher noch einzugehen. An Gesuchen sind bis Ende 1909 53 586 eingereicht (Hört, hört! bei den Sozialisten), damit ist aber nicht gesagt, daß 53 586 Arbeiter vom 15. August bis Ende Dezember außer Arbeit gewesen wären. Wenn Sie die Zahl der Arbeiter berechnen, die durchschnittlich während dieser Zeit außer Arbeit gewesen sind, so werden Sie vielleicht auf ein Fünftel oder weniger kommen. Dies ist freilich eine etwas willkürliche Schätzung, die ich an der Hand des mir vorliegenden Materials mache. Ich bitte, mich darauf nicht festlegen zu wollen; ich will damit nur kennzeichnen, daß die Zahl der Arbeiter, welche durchschnittlich in der ganzen Periode arbeitslos waren, selbstverständlich viel geringer ist als die Gesamtzahl 53 000.

Von den Gesuchen entfallen auf Preußen rund 25 000, auf Baden 11 000, auf Sachsen 7700, auf Bayern 4600, auf Hessen 2900 und auf Hamburg 560.

Von den Gesuchen sind am 1. Januar als berechtigt anerkannt gewesen rund 46 000 (Hört, hört! bei den Sozialisten), abgelehnt 4392 und unerledigt 2474; das sind 5,3 Prozent von allen Gesuchen.

Meine Herren, um nun einmal zu charakterisieren, was diese 5,3 Prozent bedeuten, werde ich mir erlauben, nähere Zahlen noch bezüglich des in der vorigen Sitzung so besonders angefochtenen Königreichs Sachsen zu geben. Es ist von vornherein klar, daß die restierenden Gesuche durchweg solche sind, welche in der letzten Zeit eingegangen sind und binnen kurzem erledigt sein werden. Dafür sind bezeichnend die folgenden Ziffern. Im Königreich Sachsen waren vom 15. August bis Ende Dezember eingegangen 7777 Gesuche. Davon waren am 1. Januar unerledigt 499, das sind 6,4 Prozent. Aber am 4. Januar — meine Herren, drei Tage nachher — waren von dem ganzen vergangenen Jahre nur noch 90 Gesuche rückständig, davon keins, das vor dem 1. Dezember eingegangen war. Vom 1. bis zum 4. Januar waren eingegangen weitere 251 Gesuche und davon bis zum 4. Januar nur noch 138 unerledigt und davon 128, die erst am 4. Januar selbst eingegangen waren. (Hört, hört! in der Mitte und rechts.)

Meine Herren, das nenne ich nicht einen lödlichen Geschäftsgang, wie der Herr Abg. Geyer (Sehr richtig! rechts), das nenne ich einen überaus prompten Geschäftsgang. (Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Meine Herren, ich möchte hier nicht allzu viel Einzelfälle anführen; ich hätte deren noch ein ganzes Paket. Aber nur ein paar Fälle, um zu zeigen, daß auch die Nachrichten, die den einzelnen Parteien zukommen, gelegentlich übertrieben zu sein pflegen. 3. B. stand am 28. Dezember 1909 in einer Zeitung:

Wistegiersdorf, den 27. Dezember. Viele kleinere Zigarrenfabrikanten der Wistegiersdorfer Gegend haben zum größten Teil ihre Arbeiter entlassen müssen. Die Betriebe lassen sich nicht mehr aufrecht erhalten.

Ich forderte den Reichsbevollmächtigten, wie ich das in allen Fällen getan habe, wo derartige Sachen, sei es durch Beschwerden, sei es durch die Zeitung, zur Kenntnis kamen, zur Berichterstattung auf, und er berichtete folgendes:

In der Gegend von Wistegiersdorf gibt es nur vier selbstständige Zigarrenmacher, von denen zwei lediglich mit Familienangehörigen arbeiten, während die beiden andern je zwei Arbeiter beschäftigen. (Hört, hört! rechts und in der Mitte.) Diese beiden Arbeiter des einen Betriebs sind entlassen worden, angeblich wegen Arbeitsmangels; der eine von den zwei entlassenen Arbeitern soll außerdem krank gewesen sein. Der Zigarrenmacher arbeitet nun mit seinem Sohn weiter. (Hört, hört! und Heiterkeit rechts und in der Mitte.)

In einer andern Zeitung vom 7. Dezember 1909 stand, es seien in Hamburg vielfach Tabakarbeiter wegen Bettelns bestraft worden. Sie seien durch die Steuererhöhung in große Not geraten. Das Gericht habe dies anerkannt, dem Rechnung getragen und die Strafe deshalb sehr gering bemessen.

Auch hierüber forderte ich den Reichsbevollmächtigten zu einer Äußerung auf, und dieser erklärte:

Vom 15. August bis 15. September 1909 sind von den Amtsgerichten in Hamburg 30 Zigarrenarbeiter wegen Bettelns bestraft worden. 24 davon waren wegen Bettelns zu meist mehrfach vorbestraft. (Hört, hört! rechts.) Nur zwei haben ausweislich der Gerichtsakten erklärt, daß sie infolge der Tabaksteuererhöhung brotlos geworden seien.

Also nur 2! — Die 30 Tabakarbeiter repräsentieren 2,75 vom Hundert der Gesamtzahl der in Hamburg in diesem Zeitraum wegen Bettelns bestraften Personen. Keiner der 30 Tabakarbeiter ist in Hamburg, Altona und Wandsbek um Unterhütung vorstellig geworden.

Meine Herren, ich will nun noch den Fall erwähnen, der nach Erlaß der Ausführungsbestimmungen vom 26. November liegen soll. Ich nehme an, daß der Herr Abg. Geyer die Tabakarbeiterin Johanna Hoffmann im Auge hat; sonst wüßte ich nicht, welcher Fall in Betracht kommen könnte. Diese Frau hatte ihren Unterhaltungsantrag gestellt, und es hat damit allerdings ziemlich lange gedauert, besonders weil ermittelt wurde, daß sie im Begriff stand, eine Invalidenrente zu bekommen. Sie ist von einer Behörde zur andern geschoben worden, wie der Herr Abg. Geyer sagte: von Pontius zu Pilatus. Kurz vor Weihnachten wandte sie sich an mich, und ich versuchte ihr die Unterhütung noch vor Weihnachten zu verschaffen; da ergab sich aber, daß sie bereits die Invalidenrente unter Nachzahlung vom 14. August 1909 an mit 65,50 Mk. erhalten hatte. Die Rente betrug im Monat 14,30 Mk. (Hört, hört! rechts.) Wenn der Herr Abg. Geyer diesen Fall meint — ein andrer ist mir wirklich nicht bekannt geworden —, so glaube ich nicht, daß dieser den Ausführungsbestimmungen vom 26. November zur Last gelegt werden kann. Ich behalte mir vor, falls der eine oder andre Redner noch auf solche Einzelfälle zurückkommen sollte, mit Gegeneinzelnen zu dienen.

Ich möchte mich aber bei der Beantwortung nicht allzu sehr im Kleinkrieg verlieren, sondern versuchen, der Sache einige allgemeine Seiten abzugewinnen, und wende mich deshalb zunächst zu der Frage, wie es mit dem Tabakgewerbe augenblicklich nach der Tabaksteuererhöhung steht.

Meine Herren, ich kann, ohne eine Widerlegung befürchten zu müssen, die Behauptung aufstellen, daß die Bewegungen des großen Marktes aus Anlaß des Tabaksteuergesetzes diesmal nicht so weitreichende und tiefgreifende sind, wie sie es bei verschiedenen früheren Gelegenheiten waren. (Hört, hört! rechts.) Wir haben dafür wenigstens in einer Beziehung ein gutes Barometer in der Einfuhrstatistik. Meine Herren, die Einfuhr von Rohtabak pflegt jedesmal stark zu schwanken, sobald eine Änderung der Tabaksteuer erfolgt oder auch nur droht; aber niemals hat sie so stark geschwankt wie im Jahre 1879. Das wird dem Herrn Abg. Wolfenbühl, der wiederholt darüber gesprochen hat, noch genau in der Erinnerung sein. Im Durchschnitt gingen damals an Rohtabak aus dem Auslande ein jährlich 430 000 Doppelzentner; im Jahre 1877 aber angeht die Steuererhöhung fand eine enorme Voreinfuhr statt, so daß in diesem Jahre die Gesamteinfuhr sich auf 766 000 Doppelzentner belief und im Jahre 1878 sogar auf 1 Million Doppelzentner, um dann im Jahre 1879 auf 120 000 Doppelzentner zu sinken. Also von 1 Million auf 120 000 Doppelzentner! Ähnliche Erscheinungen, wenn auch nicht längt von der gleichen Stärke, hatten wir z. B. 1882 gehabt, als die Einfuhr des Tabakmonopols in Frage kam, ebenso im Jahre 1905, als die Erhöhung der Tabaksteuer wiederum zur Erörterung stand, und in andrer Richtung. Beim gegenwärtigen Anlaß hat zwar auch eine lebhafte Voreinfuhr stattgefunden; aber sie reicht kaum heran an die Voreinfuhr eines der andern Jahre, die ich erwähnte, und bleibt weit zurück hinter dem, was in den Jahren 1877 und 1878 eingetreten ist.

Wenn wir die normale Steigerung der Rohtabakeinfuhr behalten hätten, die seit 1902 etwa sich zeigt, so würden wir im Jahre 1908 eine Einfuhr von 700 000 Doppelzentner und im Jahre 1909 von 710 000 Doppelzentner zu erwarten gehabt haben. Statt dessen sind im Jahre 1908 780 000 Doppelzentner und im Jahre 1909 790 000 Doppelzentner eingegangen (Hört, hört!), allerdings von den 790 000 Doppelzentnern der weitaus größte Teil, nämlich 595 000 Doppelzentner in der Zeit vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, also vom 1. Januar bis zum 15. August. Demgemäß ist die Einfuhr natürlich in den Monaten September und Oktober stark gesunken, sie hat sich etwa um 26 000 Doppelzentner unter dem normalen Durchschnitt gehalten. Aber in den Monaten November und Dezember hat sie sich dem Durchschnitt doch schon wieder sehr genähert; sie betrug nämlich in den beiden Monaten 101 900 Doppelzentner. Diese Ziffer ist weniger günstig für die Beurteilung der Frage, wie unser mutmaßliches Jolleinkommen in den nächsten Monaten sein wird, durchaus nicht ungünstig aber für die Beantwortung der Frage, ob die inländische Industrie sich wirklich in einer starken Notlage befindet. Wenn nach einer ausgezeichneten Inlandserte von 1908, wenn nach einer qualitativ allerdings nicht so günstigen, aber bei einer viel größeren Anbaufläche doch wohl ebenso großen Ernte von 1909, und wenn nach der beträchtlichen Voreinfuhr doch schon wieder 50 000 Doppelzentner Rohtabak monatlich vom Auslande eingehen, so zeigt das einerseits, daß sich die Industrie in einer Notlage nicht befinden kann, und zweitens, daß die Einfuhr durch den neuen Wertzoll nicht unterbunden ist.

Die eigentlichen Gründe einer noch etwas mäßigen Lage des Tabakgewerbes ruhen vielmehr in folgenden zwei Tatsachen: erstens, daß nachweislich und ganz unbefreitbar in der Zeit der Monate Juli und August, also vor Inkrafttreten des Tabaksteuergesetzes eine ganz außerordentlich hohe Vorverföhrung des Publikums mit fertigen Zigarren stattgefunden hat, und zweit-

tens, daß es dem Zigarrenhandel und Zigarrengewerbe noch nicht gelungen ist, die Frage zu lösen, inwiefern dem Raucher die unvermeidliche Verteuerung der Zigarre oder die verteuerte Zigarre mündgerecht gemacht werden soll.

In den Monaten Juli und August hat in Deutschland ein Absatz von Zigarren stattgefunden wie wohl nie zuvor (Sehr richtig!), von so enormem Umfang, wie ihn die Händler selbst nicht erwartet hatten, von so großem Umfang, daß der Mehrabsatz in diesen Monaten noch das Minder in den folgenden Monaten bis einschließlich Weihnachten überstieg, so daß ich mir von vielen Seiten habe sagen lassen, das Geschäft im Jahre 1909 sei im ganzen genommen noch besser gewesen als das im Jahre 1908. (Hört, hört!) Es ist natürlich, daß das wenig erfreuliche Weihnachtsgeschäft auf Rechnung dieser außerordentlichen Vorverföhrung zu stellen ist, und es ist ebenso zweifellos, daß die ersten Monate dieses Jahres noch unter dem Schatten dieser Vorverföhrung stehen werden.

Nachdem nun die Vorverföhrung abgeschlossen und das Gesetz in Kraft getreten war, hat das solide Zigarrengewerbe und der solide Zigarrenhandel ernstlich versucht, sich darüber einig zu werden, inwiefern man dem Raucher die bisherige Zigarre zu erhöhtem Preise oder neue Muster zu den alten Preisen liefern solle. Dieses Vorhaben ist nicht vollständig gelungen, zunächst schon deswegen, weil ein Teil des Handels aus Konkurrenzrücksichten abspaltete und es vorzog, zunächst die alten Bestände noch zu den alten Preisen loszuschlagen. Aber die Hauptursache der mäßigen Lage ist das Mißtrauen des Rauchers. Nach Beendigung der Steuererhebung vom vorigen Jahre feste bekanntlich ein sehr lebhafter Preßfeldzug ein, welcher dazu bestimmt war, in sehr übertriebener Weise dem deutschen Konsumenten überhaupt darzulegen, in welcher Art sämtliche Konsumartikel durch die neuen Steuererhebung belastet würden. (Sehr richtig! rechts.) Dies hatte nun wieder natürlich einen Gegenbrand zur Folge; es wurde den Konsumenten in drastischer Weise vorgerechnet, daß die Verteuerung bei den einzelnen Konsumartikeln keineswegs so groß sei, wie er fürchte, ja daß sie minimal sei. Hierdurch sind nun die Raucher kopfschüttel geworden und wollen sich mit einer Erhöhung des Zigarrenpreises oder einer Veränderung der Muster überhaupt nicht mehr abfinden. Ich stehe nicht an, hier zu erklären — und hoffe, daß diese Erklärung auch etwas dazu beitragen wird, die Situation zu verbessern —, daß ich diese Entwicklung bedauere. Die mäßige Lage des Tabakgewerbes beruht hauptsächlich auf der Unsicherheit des Produzenten, namentlich des mittleren und kleineren, welchen Sorten er jetzt sich mit Aussicht auf Absatz zuwenden soll. Es wäre sehr wünschenswert, wenn nach dieser Richtung das Publikum dazu helfen wollte, eine Klärung herbeizuführen. Die Agitation des vorigen Sommers war zweifellos übertrieben und unzutreffend (Sehr richtig!); aber dem soliden Zigarrenhandel und der Zigarrenindustrie darf man nach dem tatsächlichen Verlauf der Dinge den Vorwurf nicht machen, daß sie ihrerseits versucht hätten, daß sie namentlich jetzt versuchen, das Publikum unter dem Dämantel der Steuerbelastung auszubeuten.

Ich wende mich nunmehr zu der Frage, welchen Zweck der Unterstützungsfonds verfolgt, und von welchem Grundgedanken aus er demgemäß zu beurteilen ist. Der Viermillionenfonds ist ohne jeden Vorang auf dem Gebiete der deutschen Gesetzgebung. Auch 1879, als die Folgen der Tabaksteuererhöhung viel tiefgreifender waren als jetzt, war eine solche Unterstützung nicht erfolgt. Im Jahre 1906 bei der Einführung der Zigarettensteuer war ein Antrag auf Unterstützung der dadurch betroffenen Arbeiter eingebracht worden. Damals wurde von seiten der Regierung entgegengesetzt, daß eine derartige Vorschrift die tiefgreifendsten, unübersehbaren Konsequenzen mit sich bringen würde; es wurde auch darauf hingewiesen, daß die Vorzüge, die man aus der Gesetzgebung sonst angezogen hatte, hier keineswegs anträfen, und es wurde endlich daraufgelegt, daß es ganz unmöglich sei, den Zusammenhang der Arbeiterentlastung mit dem Zigarettensteuergesetz beweiskräftig festzustellen. Damals ist diesen Ausführungen von verschiedenen Seiten innerhalb des Hauses beigetreten worden, und der Antrag wurde abgelehnt.

Nun nun jetzt nach wenigen Jahren gleichwohl eine derartige Unterstützung eintritt, so kann man doch wohl nicht anders, als folgern, daß hierfür maßgebend gewesen sind einerseits die Unsicherheit, welche die ganz neue Wertverteilung mit sich brachte, und andererseits die Rücksichtnahme auf die besondere Lage des Tabakgewerbes. Und in der Tat ergeben die Entstehungsgeschichte des Gesetzes und die Äußerungen der einzelnen Redner ganz deutlich, daß dem so ist. Es ist damals von allen Seiten darauf hingewiesen worden, daß innerhalb des Tabakgewerbes zum großen Teil ältliche, schwächliche, kränklige Personen beschäftigt wurden, denen es unmöglich sei, die in ihrem Gewerbe erworbene Handfertigkeit auf anderen Gebieten ohne weiteres zu verwerten. Einer der Herren Redner von der äußersten Linken führte aus, Tausende von Zigarrenarbeitern seien Krüppel, welche nur auf Krücken und Stöcken zur Arbeit gehen könnten; die Berufsangehörigen suchten, um Renten zu sparen, ihre Invaliden in die Zigarrenfabriken abzuschleichen. Es müßte einmal festgestellt werden, wie viel Krüppel in der Zigarrenindustrie vorhanden seien. Nachdem die Arbeiter in der Tabakindustrie bis ins Alter hinein gearbeitet hätten, sollten sie nun brotlos werden. Ein anderer Redner wies darauf hin, daß die Minderung der Löhne die Zuckerrübe fördern würde, die in den Tabakarbeiterdörfern besonders heimisch sei.

Diese Entstehungsgeschichte und die Art der Begründung durch die Herren Redner läßt zweifellos darauf schließen, daß es sich hier darum gehandelt hat, eine besondere Maßnahme zugunsten der Tabak-, der Zigarrenarbeiter zu treffen. Wir sind nicht berechtigt, über die Bestimmungen des Gesetzes hinauszugehen. Zweifellos sind durch die neue Steuererhebung auch Arbeiter aus andern Berufen beeinflusst worden; und es haben demgemäß auch Arbeiter aus der Zündwarenindustrie, Brauereiarbeiter und andre, durch die Zuwendungen an die Tabakarbeiter angezogen, Unterhütungen für sich begehrt. Der Wortlaut des Gesetzes steht dem unzweifelhaft entgegen, und auch die Bedenken, welche im Jahre 1906 geltend gemacht wurden, treffen hier im vollen Maße zu.

Daselbe muß aber auch von den Zigarettenarbeitern gelten. Ich habe mir bereits am 14. Dezember erlaubt, darauf hinzuweisen, daß die Stellung des Artikels II a in der Reihenfolge der Artikel der Tabaknovelle es zweifellos macht, daß in Artikel II a nur gemeint ist dasjenige Tabaksteuergesetz, welches entstanden ist aus der Zusammenfassung der besten gebliebenen Vorschriften des Gesetzes vom 16. Juli 1879 und der hier ergänzenden und ändernden Bestimmungen des Gesetzes von 1909. Diese juristische Deduktion ist meines Erachtens zwingend. Wie man sich dem gegenüber auf den Artikel IV des Gesetzes berufen kann — wie es in der Presse geschehen ist —, ist mir nicht ganz verständlich. Dieser Artikel beweist meines Erachtens das Gegenteil. Er setzt zwei verschiedene Termine für das Inkrafttreten des Zigarettensteuergesetzes und des Tabaksteuergesetzes fest; und wenn deshalb in Art. II a nur vom Inkrafttreten „dieses Gesetzes“ die Rede ist, so kann nur einer der beiden Termine, und zwar offensichtlich der für das Inkrafttreten des Tabaksteuergesetzes, gemeint sein.

Meine Herren, ich würde die weitere Erörterung dieser Frage keineswegs mit schroffen juristischen Deduktionen von der

Sand weisen, wenn ich nicht hinzuzufügen müßte: es liegen mir bis jetzt keinerlei Nachrichten darüber vor, daß umfassende Änderungen in der Lage der Zigarettenarbeiter durch das neue Gesetz herbeigeführt worden sind.

Aber auch hinsichtlich der Tabakarbeiter selbst wird es wohl getan sein, den Zweck des Gesetzes im Auge zu behalten. Es wäre unweise von uns, wollten wir die den Arbeitern zugesagte Unterstützung kleinlich und mit möglicher Einschränkung handhaben; und ich glaube das Zeugnis von Ihnen beanspruchen zu dürfen, daß das auch in dem ganzen Verlauf der Entwicklung nicht geschehen ist. Aber ebenso nachteilig, unter Umständen verhängnisvoll für das Wohl der Arbeiter selbst wäre es, wenn wir zulassen wollten, daß das Unterstützungsgesetz — wie Sie wollen — das Entschädigungssystem sich zu einem Versorgungssystem auswüchse (Sehr richtig! rechts und in der Mitte), das aus reiner Konsumgenussmacherei selbst da funktioniert, wo gar kein Anlaß zur Hilfe vorhanden ist, das dem Staate das gesamte Risiko der gewerblichen Fluktuation auflädt und den Arbeiter von der Verantwortung für sein Fortkommen zeitweise entlastet. (Sehr richtig! rechts.)

Die Gefahr, daß dies geschieht, liegt schon in dem Wesen der Unterstützungsvorschrift verborgen und ist auch in der Tat durch den Verlauf der Entwicklung schon an den Tag getreten. Ich möchte nur einen sehr charakteristischen Fall, den ich mir vorgenommen hatte zur Sprache zu bringen, und den, etwas zu meiner Überraschung, der Herr Abg. Geyer ebenfalls vorgebracht hat, gerade in dieser Verbindung herausheben. Wir haben lange darüber verhandelt, ob ein junger Mann, der die zweijährige Militärdienstzeit zurückgelegt hat — nicht etwa eine Uebung; denn da soll die Unterstützung keineswegs ausgeschlossen sein — und nun in seine Heimat zurückkehrt, unterstützt werden soll, weil er früher einmal Tabakarbeiter gewesen ist. Also ein junger Mann, der in der Vollkraft seines Lebens am Anfang seiner eigentlichen Berufslaufbahn steht, soll gehindert werden, den Kampf des Lebens auf eigenen Füßen zu beginnen, bloß weil er in jugendlichem Alter vor zwei Jahren einmal Tabakarbeiter gewesen ist! Das kann ich unmöglich für gesund und zweckmäßig halten. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Ich erinnere — um die Gefahr auch von einer anderen Seite zu beleuchten — an den Fall, den ich schon kurz in der Budgetkommission streifen durfte, wo Fabrikarbeiter zu ihrem Fabrikherrn gekommen waren und ihn unter Androhung des Ausstanzes gebeten hatten, entweder nur noch vier Tage in der Woche, oder auf je 14 Tage nur die Löhne der Arbeiter unschuldig arbeiten zu lassen, damit die übrigen die Unterstützung des Reichs beanspruchen könnten. (Hört, hört! in der Mitte.)

Ich verkenne keineswegs, daß eine derartige Entwicklung durch unsere eigenen Ausführungsbestimmungen einigermaßen gefördert wird; denn wir sind in der extensiven Auslegung des Gesetzes immerhin schon sehr weit gegangen. Ich will Sie nicht ermühen mit der Aufzählung aller der einzelnen Punkte — ich habe sie in der Budgetkommission dargelegt —, in denen die neuen Ausführungsbestimmungen über das hinausgehen, was ursprünglich geplant war. Ich will nur — und dies bezieht sich auch gerade auf das, was der Herr Interpellant gesagt hat — hervorheben, daß die jetzigen Ausführungsbestimmungen z. B. in der Behandlung von Hilfspersonen und Hilsgewerbeten, auch der Kistenbeller, Sortierer und Sortierern, in der Behandlung der Ausländer, in der Nichtberücksichtigung von Streikzeiten und andern Unterbrechungen, in der Nichtberücksichtigung von Mehrverdienst usw. sich so sehr auf den Standpunkt des Arbeiters stellen, wie es mit dem Gesetz irgend vereinbar erschien. Ich glaube, auch hier ist das, was der Herr Abg. Geyer anführte, aus der Zeit entnommen, als die neuen Ausführungsbestimmungen noch nicht bestanden. Auch hinsichtlich des äußeren Verfahrens versuchen die neuen Bestimmungen dem Interesse des Arbeiters so sehr gerecht zu werden, wie es irgend angängig erschien; so in der Zuziehung von Vertrauenspersonen aus den Kreisen der Arbeiterchaft, auf die ich großen Wert lege, in der Zuziehung der Gewerbeinspektoren, in prozeduralen Formen wie der schriftlichen Mitteilung der Gründe, eines schriftlichen Bescheides und dergleichen mehr. Alle diese Erweiterungen vertrete ich an sich gern; aber sie bringen allerdings die Besorgnis mit sich, daß schließlich das Gesetz auch in den Kreisen der Arbeiterchaft seine ursprüngliche Bedeutung etwas vermissen könnte. Dies kann in den nächsten Monaten noch besonders hervortreten.

Der Herr Interpellant hat selbst gesagt, nach Weihnachten pflege häufig ein Abflauen des Geschäftes einzutreten. Es ist sehr leicht möglich, daß dieses Jahr das Abflauen verschärft wird durch die Störungen, die ich mir vorhin anzuführen erlaubt habe. Aber ganz sicher bin ich, meine Herren, daß nicht nur die Störungen, sondern das gesamte Abflauen diesmal dem Tabaksteuerergesetz zur Last gelegt werden wird. Im einzelnen Falle ist es in der Tat ganz unmöglich, beide Ursachen auseinander zu halten; sie werden im Laufe der Zeit mehr und mehr ineinander überfließen, und schließlich wird der Zusammenhang mit dem Tabaksteuerergesetz vielleicht ganz verloren gehen. Der Arbeiter wird der Gefahr unterliegen können — mehr will ich durchaus nicht sagen —, die Annahmlichkeit der festen Bezüge zu schätzen, und um nicht drei Viertel des Lohnes, sondern den ganzen Lohn zu bekommen, versuchen, seine Arbeitskraft in Nebenarbeiten zu verzetteln. Wenn dann die zwei Jahre abgelaufen sind oder der Fonds erschöpft ist, wird vielleicht die Schwierigkeit und die Mißstimmung noch größer sein, als sie ohne den Fonds gewesen wäre.

Meine Herren, ich glaube sagen zu können, daß diese Entwicklung vom Standpunkt aller Parteien aus zu bedauern wäre; denn sie wäre unökonomisch und ungesund, weil sie die Haupttriebkraft alles menschlichen Wesens, den Fleiß, unterbindet. Ich bin sicher, daß das deutsche Tabakgewerbe nach wie vor ungehört gedeihen wird; aber es kann doch nicht unsere Aufgabe sein, gerade den ganzen Personalbestand, wie er im Tabakgewerbe augenblicklich vorhanden ist, auf die Dauer von zwei Jahren in diesem künstlich festzuhalten, auch wenn ein Teil beschäftigungslos ist, und wenn eine Beschäftigung in andern Erwerbszweigen sehr wohl sich darbietet. Dazu ist denn doch der Arbeitermangel, der Arbeiterbedarf in vielen Zweigen des deutschen Erwerbslebens viel zu intensiv (Sehr richtig! rechts) und auch der deutsche Betätigungsdrang zu groß.

Bitte, halten Sie mir nicht entgegen, daß die Unterstützung ja nur eintritt, wenn keine andere Arbeitsgelegenheit sich darbietet; denn daran frant ja gerade die ganze Konstruktion, daß die Beweislast dafür, ob andere Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, den Behörden zufällt. Wenn Sie dem arbeitskräftigen Manne den Trieb nehmen, sich selbst nach Arbeit umzusehen, so wird es einem amtlichen Organ, das außerhalb des Arbeitsmarktes steht, schwer werden, ihm solche aufzudrängen. (Sehr richtig!)

Meine Herren, ich bitte, das, was ich gesagt habe, nur als Befürchtung auffassen zu wollen; aber es war mir von großem Wert, daß die Interpellation mir Gelegenheit gegeben hat, diese Befürchtung hier ganz offen auszusprechen. Träfe sie zu, so würde damit meines Erachtens ein schwerwiegendes Argument gegen eine Wiederholung des ohnehin mit Zweifeln unternommenen Versuchs vorliegen. Nach den Verhandlungen mit den Vertretern der Tabakarbeiter habe ich allen Grund zu der Annahme, daß unser rückhaltloses Eintreten für die in Not befindlichen Arbeiter erwidert werden wird durch eine besonnene Einwirkung auf die beteiligten Kreise, um eine über den Zweck hinausgehende Ausnutzung des Unterstützungsfonds hintanzuhalten. Daß dies mit Erfolg geschehen, und daß somit der Fonds dem wahren Nutzen der Arbeiter dienen möge, hoffe ich aufrichtig. (Bravo! rechts.)

Abg. Giesberts: Meine Herren, soweit ich Gelegenheit hatte, mich in den in Frage kommenden Kreisen zu erkundigen, wie sich die Unterstützungssfrage stellt auf Grund der letzten Ausführungsbestimmungen, die seitens des Herrn Staatssekretärs gemeinsam mit den Vertretern der gewerkschaftlichen Organisa-

tionen ausgearbeitet wurden, ist mir allgemein bestätigt worden, daß es bedeutend besser geworden sei, und daß die Arbeiter hoffen, daß die Härten, die früher zu beklagen waren, vollständig verschwinden werden. Es ist menschlich begreiflich und verständlich, daß die Zollbehörden nicht ohne weiteres sich in diese neue, für sie schwierige Materie hineinleben, und ich will denselben ein ganzes Maß von mildern Umständen zubilligen. Das schließt aber nicht aus, daß im Einzelfalle manche dieser Behörden die Unterstützungsfrage nach der Art der Steuerbefreiungen behandelt haben.

Von den mancherlei Beschwerden, die mir zugegangen sind, gestatte ich mir nur folgende hervorzuheben.

Die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes ist auch auf Grund der jetzigen Ausführungsbestimmungen nicht einwandfrei als rückwirkend erklärt worden, und wenigstens sind von dem Zollamt, dem die Zigarrenfabriken in Sachsenkirch unterstehen, die Gesuche der Arbeiter zurückgewiesen worden, die darauf ausgingen, ihre früheren Berechnungen nach den jetzigen Bestimmungen der Ausführungsgefesse umzuändern. Dadurch werden diese Arbeiter schwer geschädigt.

Im allgemeinen glaube ich aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs entnehmen zu dürfen, daß er auch weiterhin rückföhrlich und mit Sympathie die Unterstützungsbestimmungen handhaben wird. Ich kann aber nicht seine Ansicht teilen, daß durch unsere Unterstützungsantrag die Zigarettenarbeiter ausgenommen sein sollten. Sollte ich gewußt, daß eine solche Auslegung möglich war, würde ich selbstverständlich den Antrag an einer andern Stelle des Gesetzes gestellt haben, damit einwandfrei festgestellt würde, daß auch die Zigarettenarbeiter darunter fielen. Meine Ansicht war, sämtlichen Arbeitern der Tabakbranche — dazu gehört auch die Zigarettenindustrie —, die durch das Gesetz arbeitslos werden, die Unterstützung zuteil werden zu lassen, und ich möchte dringend bitten, daß der Herr Staatssekretär in dieser Beziehung in eine Reform seiner Ansichten eintritt. Es handelt sich zudem, wie er selbst sagt, nicht um weite Kreise; aber die Nichtberücksichtigung der wenigen, die hier in Frage kommen, macht um so mehr Unzufriedenheit und Verärgerung.

Wenn ich einerseits voll unterschreibe, was der Herr Staatssekretär sagt, daß aus dem Unterstützungsgesetz keine dauernde Versorgungsinstitution werden darf für Leute, die das Leben ziemlich sorglos nehmen, so meine ich andererseits: wenn wir durch ein Gesetz Arbeiter so schädigen, wie es tatsächlich geschehen ist und leider geschehen mußte, dann soll die Regierung nicht kleinlich sein und vor allen Dingen den Reservisten behilflich sein, neue Arbeitsgelegenheit zu erlangen.

Im übrigen will ich aber auch noch betonen: ich glaube, daß die Gefahr sehr gering ist, daß die Unterstützungsbestimmungen von den Arbeitern ausgenutzt werden, um — ich will mich einmal drastisch ausdrücken — auf Kosten des Staats zu faulenzen; denn die meisten Arbeiter sind froh, wenn sie wieder arbeiten können. Ich habe eine ganze Reihe von Leuten gesprochen, die diese Unterstützungen bezogen. Im Anfang sagten sie im Scherz, wir haben ein ganz feines Leben, mit drei Vierteln unseres Tagelohns läßt sich's ganz gut ausruhen. Aber nach vierzehn Tagen kam den Leuten die Sehnsucht nach der Arbeit, und wenn sie an dem Ort ihre Familie haben, fürchteten sie auch, daß, wenn die Unterstützungen eines Tages zu Ende sind, sie dann keine Beschäftigung mehr finden. Selbstverständlich würden wir es entchieden verurteilen, wenn Mißbräuche stattfänden; denn das würde in Zukunft die Durchführung solcher Unterstützungsgefesse äußerst erschweren. Von diesem Gesichtspunkt aus hat sich unser christlicher Tabakarbeiterverband die größte Mühe gegeben, die Arbeiter anzuhalten, daß sie nur dann Unterstützung verlangen, wenn in Wirklichkeit die Verhältnisse danach liegen, wie überhaupt der Anregung dieses Verbands das Unterstützungsgesetz und seine lonale Durchführung zu danken ist.

Die Regierung bitte ich, nach wie vor den gleichen Geist bei der Handhabung der Unterstützungsbestimmungen walten zu lassen wie bisher. Ich habe so etwas gehört von dem Herrn Staatssekretär, als wenn man nach Erschöpfung des Biermilchfondes, wenn die Unterstützungen in das zweite Jahr hineingehen, bremsen will. Das würde ich außerordentlich bedauern. Die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie kommt nicht alsbald. Gegenwärtig müssen die meisten Fabrikanten arbeiten lassen, um die neuen Fassons zu machen und zu sehen, was für Wünsche die Kundchaft hat. Reigt es sich aber, daß die Kalkulationen fehlschlagen, zeigt sich das Publikum nicht aufnahmefähig genug, dann ist es möglich, daß in den letzten drei Monaten noch eine ganze Reihe Fabriken ihre Arbeiter entlassen müssen, weil sie augenblicklich für ihre Fabrikate keinen Absatz haben. Ich meine, wenn dem Staat neue Einnahmen von 500 Millionen geschafft werden, dann soll man nicht so kleinlich sein, wenn es gilt, den Tabakarbeitern, die außerordentlich schwer von der Steuer betroffen sind, entgegenzukommen, und man sollte ihnen die Unterstützung auszahlen, die ihnen nach lonomaler Auslegung des Gesetzes zusteht. An meinen politischen Freunden soll es nicht fehlen; wir werden bereit sein, den Biermilchfondes aufzufüllen. Es soll kein Arbeiter, der auf Grund des Gesetzes unterstützungsbeerechtigt ist, ununterstützt bleiben. Bei der Statberatung in der Budgetkommission haben wir Gelegenheit genug, uns darüber zu äußern. (Bravo! in der Mitte.)

Abg. Mollenhuth: Meine Herren, nur wenige Worte. Ich bin genötigt, auf einige Ausführungen des Herrn Staatssekretärs einzugehen, zunächst auf die Äußerungen wegen der Zigarettenarbeiter. Der Herr Staatssekretär und mit ihm ist ja die preussische Regierung der Meinung, daß die Zigarettenarbeiter keine Unterstützung auf Grund des Art. II a haben sollen. Wäre das beabsichtigt worden, dann hätte man es jedenfalls auch in das Gesetz hineingeschrieben und man hätte gesagt, die Arbeiter, die infolge der Artikel I und II arbeitslos werden, sollen entschädigt werden. Man hat aber ganz einfach gesagt: die Arbeiter, die infolge dieses Gesetzes arbeitslos werden, und zu diesem Gesetz gehören auch die Artikel III und IV, in denen die Zigarettensteuer behandelt wird. Nun gibt gerade die Erhöhung der Zigarettensteuer die Möglichkeit, die Steuererhöhung vom Lohne abzuziehen dadurch, daß man von der Handarbeit zur Maschinenarbeit übergeht. So kann man z. B. die Steuererhöhung von 3.50 Mk. auf 4.50 Mk. für die Dreipfeinigzigarette dadurch ausgleichen, daß man von der Handarbeit zur Maschinenarbeit übergeht und dadurch etwa 1.50 Mk. pro Tausend Lohn erspart; denn die meisten Kunden werden verlangen, daß diese Zigaretten in der alten Qualität, d. h. mit demselben Tabak und demselben Papier, zu dem alten Preise weiter geliefert werden. Während jetzt beim Handbetrieb drei Frauen ungefähr 3000 Zigaretten pro Tag herstellen, können dieselben mit Maschinenbetrieb 200 000 oder mehr am Tage fabrizieren; es werden also beim Übergang zum Maschinenbetrieb mit einem Schläge von 200 Frauen 197 Frauen arbeitslos werden.

Der Herr Staatssekretär meinte sodann, ein junger Mensch, der vom Militär entlassen sei, der früher Zigarrenarbeiter gewesen sei und jetzt keine Arbeit als Zigarrenmacher wiederfinde, habe keinen Anspruch auf Unterstützung. Aber wer einen Beruf erlernt hat, ich will einmal fragen, wer studiert hat und Affessor oder Oberlehrer ist, hört doch damit, daß er sein Jahr abtritt, nicht auf, Affessor oder Oberlehrer zu sein. Ein Arbeiter, der ein Handwerk erlernt hat und mehrere Jahre seines Lebens geopfert hat, um sich die zur Ausübung seines Berufs notwendigen Fertigkeiten anzueignen, bleibt doch Arbeiter in seinem Beruf auch dann, wenn er zwei Jahre Soldat gewesen ist. Wer den Beruf eines Schlossers, Maschinenbauers, Optikers oder einen andern Beruf ergriff, muß mehrere Jahre in die Lehre gehen und hat während dieser Jahre keinen Lohn. Nun hat man keineswegs das Recht, zu sagen, daß ein solcher Mensch nicht unterstützt werden soll; denn es steht ausdrücklich in dem Gesetz, daß diejenigen, die infolge des Berufswechsels geschädigt sind, unterstützt werden sollen. Ein Mann, der das Zigarrenmachen oder Sortieren gelernt hat und dann seinen Beruf

wechselt und ein andres Gewerbe erlernt, verzichtet ja auch für ein paar Jahre auf den Lohn eines gelerntten Arbeiters; es müßte doch auch eine Unterstützung an ihn gezahlt werden.

Nun sind die vorgesehene 4 Millionen ein recht kärglicher Fonds, wenn man bedenkt, daß nach den Berufsgenossenschafts etwa 100 Millionen Mark an Arbeitslohn an die versicherten Tabakarbeiter ausbezahlt wird. Es bedarf dann nur eines vierprozentigen Rückgangs, um diesen Fonds aufzuzehren.

Der Herr Staatssekretär meinte allerdings, daß jetzt schon eine erhebliche Besserung eingetreten sei. Wenn ich bei der vorgerückten Zeit auf diese Behauptung eingehen wollte, so könnte ich nachweisen, daß die Wirkungen des Gesetzes vom Jahre 1879 keineswegs schon im Jahre 1880 oder 1881 erschöpft waren, sondern daß sie noch ein ganzes Jahrzehnt weiter gewirkt haben, und daß also die Arbeiter ein volles Jahrzehnt hindurch geschädigt worden sind, ehe sie wieder einigermaßen in festere Verhältnisse kamen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Achte Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 20. und 21. Dezember 1909 waren die Vertreter der Verbandsvorstände zu einer zweitägigen Beratung in Berlin versammelt. An erster Stelle führten die Bewegungen der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Grubenrevier und der Baugewerbe im kommenden Frühjahr zu einer gemeinsamen Aussprache, wodurch diese Angelegenheiten ihre Erledigung fanden.

Hinsichtlich des Ende August 1910 in Kopenhagen stattfindenden Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses wurde beschlossen, prinzipiell auch für diesmal an der paritätischen Vertretung von Partei und Gewerkschaften festzuhalten. Jede der beiden Gruppen soll durch 100 Delegierte vertreten sein.

Bezüglich der internationalen Verbindungen wird über den Stand der Angelegenheit der deutschen Delegation nach England und über den durch den Besuch Gompers in Europa eingeleiteten und vom amerikanischen Gewerkschaftskongress in Toronto beschlossenen Beitritt des nordamerikanischen Arbeiterbundes zum internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen berichtet. Wenn die Generalkommission zum Empfang Gompers in Berlin außerordentliche Veranstaltungen traf, so galt dies sowohl dem Delegaten des großen nordamerikanischen Arbeiterbundes als auch der Bedeutung, die der Anschluß des letzteren an die Gewerkschaften Europas habe. Der Erfolg habe gezeigt, daß dieses seit Jahren erstrebte Ziel erreicht wurde. Gegenüber den Hinweisen auf Gompers Stellung zur Sozialdemokratie und seiner Zugehörigkeit zur Civic Federation müsse betont werden, daß wir uns in Deutschland auch nicht von außen in unsere Taktik und unsere inneren Einrichtungen hineinreden lassen. Das gleiche Recht müssen wir auch andern Ländern zugestehen. Jede andere Taktik könne den internationalen Zusammenschluß nur vereiteln. Zweifelloso werde aber die Entwicklung der Dinge in den Vereinigten Staaten dahin drängen, daß auch die dortigen Gewerkschaften den von uns gewählten Weg ganz von selbst einschlagen. Ferner wird über die neuen Auseinandersetzungen mit der französischen Landeszentrale anlässlich der spanischen Unruhen berichtet. In der Debatte wird von seiner Seite das Verhalten der Generalkommission in der Gompersangelegenheit kritisiert, dagegen sprechen mehrere Redner ihre Mißbilligung über die seitens einiger Parteiführer erfolgten Angriffe auf Gompers und die Generalkommission an, die mit der bekannten Devise, daß Partei und Gewerkschaften „eins“ seien, recht wenig harmonierten. Es wird jedoch festgestellt, daß es sich bei diesen Äußerungen keineswegs um offizielle Parteifundgebungen gehandelt habe.

Sodann wurde über die „Gewerkschaftlichen Unterstützungen“ und über die einheitliche Regelung des Diäten- und Bücherbezugs eingehend beraten. Es wurde hierbei beschlossen, neben den Diäten ein angemessenes Wohnungsgeld zu zahlen, das auf 30 Mk. pro Monat (45 Mk. für den sechswöchigen Kursus) festgesetzt wurde. An Diäten sollen den auswärtigen Kursusteilnehmern 6 Mk., den in Berlin und Umgebung wohnenden 3 Mk. pro Tag gezahlt werden. Die Entschädigung des veräußerten Arbeitsverdienstes bleibt der Festsetzung jedes Verbandsvorstandes überlassen. Ferner wird den Teilnehmern ein Zuschuß zur Beschaffung von Büchern in Höhe von 40 Mk. gewährt, die je zur Hälfte von dem Verbandsvorstand und der Generalkommission getragen wird. Die Auszahlung der Diäten und eventuell eines Reisevorschlusses soll auf Rechnung der in Betracht kommenden Verbände aus der Kasse der Generalkommission erfolgen. Diese Festsetzungen treten vom ersten Herbstkursus 1910 ab in Kraft. Es steht den Verbandsvorständen frei, schon vorher davon Gebrauch zu machen.

Einige vom Reichstatistischen Amte gewünschte Änderungen in den Erhebungsformularen zur Tarifstatistik werden der statistischen Kommission zur Prüfung überwiesen. Zur Frage der Verzinsung von Darlehen, die zwischen Gewerkschaften aufgenommen werden, wird beschlossen, daß dieselben zu verzinsen sind. Das gilt auch für Darlehen, die seitens der Generalkommission gewährt werden. Die Höhe des Zinsfußes ist von Fall zu Fall zu vereinbaren. Sodann wird über den Stand der Vorarbeiten zur Errichtung einer sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission berichtet. Dieselbe soll spätestens am 1. April 1910 in Tätigkeit treten. Als Leiter derselben ist Genosse Robert Schmidt, seither Zentralarbeitssekretär, bestimmt. Eine zweite Kraft für die sozialpolitische Leitung ist in Aussicht genommen. Weiterhin wird durch Uebernahme der Zentralkommission für Bauarbeiterchutz Genosse Heinke-Hamburg in das Bureau einreten. Dazu soll eine weibliche Bureauhilfskraft angestellt werden. Aufgabe der sozialistischen Abteilung soll es sein, aus Gewerkschaftskreisen die notwendigen Materialien für die sozialpolitische Gesetzgebung zu beschaffen und besonders auch die Rechtsprechung eingehend zu verfolgen.

Ueber die gewerkschaftliche Abteilung des Pressebureaus kann berichtet werden, daß dieselbe sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens aufs beste bewährt hat. Immerhin läßt die Berichterstattung einzelner Vorstände noch Lücken erkennen; auch sollte Wert auf möglichst schnelle Mitteilungen gelegt werden. Die Frage, ob das Pressebureau auch die Berichterstattung über die Verbandsstage in die Hand nehmen könne, wird als noch nicht spruchreif erachtet. Den Vorständen sei zu empfehlen, diese Berichterstattung jeweils selbst zu organisieren, dann würden diese Berichte wie jede andere Nachricht durch das Pressebureau verbreitet werden.

Die Anstellung eines Agitationsbeamten für Ostfriesland findet nicht die Zustimmung der Konferenz. Ein Antrag, betreffend Uebertrittsfragen, wird der nächsten Konferenz überwiesen, ebenso eine Interpellation betreffs der Unterstützungsansprüche doppelt organisierter Mitglieder. Den Verbänden wird empfohlen, den aus Jugendorganisationen zu den Gewerkschaften übertretenden Mitgliedern das Eintrittsgeld zu erlassen und die gezahlten Beiträge anzurechnen.

Zum Schluss fand eine Befichtigung der in den Räumen der Generalkommission veranstalteten dauernden Ausstellung von Verbandsmaterialien statt, deren Besuch jedem sich legitimierenden Verwaltungsmitglied der angeschlossenen Gewerkschaften freisteht.

(Correspondenzblatt.)

Christliche Kampfesweise.

Das Organ des Christlichen Tabakarbeiterverbandes schreibt:

Strauchritter und Wegelagerer können in alten Zeiten nicht soviel Unheil angerichtet haben, wie unsere „modernen“ sozialdemokratischen „Kühner“ mit ihren verwilderten Moralbegriffen. Man denke zum Beispiel an die verkommene Kampfesweise eines „Genossen“ Schlüter in Westfalen, dem wir Fälschung der gegenseitigen Zahlen unfres und des roten Verbandes nachgewiesen haben, der aber trotzdem die unglaubliche Frechheit besitzt, die Zahlen zu wiederholen. Dabei weiß er ganz genau, daß, wenn dieselben an sich auch für die Zeit, für die sie gelten, richtig sind, sie doch bei dieser Zusammenstellung ein absichtlich gefälschtes Bild geben.

Endlich gesteht hier das „Christliche“ Blatt ein, daß die Zahlen richtig sind. Die Volkswacht hat genau die Zahlen vom Jahre 1908, nach Quartalen geordnet, gebracht, und hat damit das falsche Bild der „Christen“ zerstört. Wir glauben schon, daß die Wahrheit zu sagen den Christen ein verwilderter Moralbegriff ist. Das haben wir hier in Westfalen in der Tat erfahren. Die Christlichen leben nur von der Lüge!

Genosse Schlüter muß den Christen sehr verhaßt sein. Trotzdem derselbe sich absolut nicht an der Agitation der „Christlichen“ stört, vergeht keine Versammlung, keine Sitzung des christlichen Verbandes, wo man nicht versucht, denselben abzuschlachten. Fast in jeder Nummer des „Christlichen“ Blättchens wird er in obiger abscheulicher Art angepöbel. Schlüter ist fast von allen Tabakararbeitern Westfalens persönlich gekannt. Es vergeht fast kein Tag, wo er nicht in einer Versammlung oder Sitzung mit den Kollegen Westfalens zusammen ist. Die Kollegen wissen alle, daß er sachlich in der Agitation ist und nur äußerst selten den „kleinen, schwarzen Bruder“ erwähnt.

Die Tabakarbeiter wissen aber sehr gut, welche Agitatoren hier sich wie Strauchritter und Wegelagerer gebärden. Schimpfen ist die Waffe gemeiner Menschen. Deshalb wollen wir das Schimpfen stets unsern kleinen Bruder überlassen. Nur so weiter, ihr „christlichen“ Männer! Um so schneller kommt bei allen ehrlichen Christen das Bewußtsein, in welcher Gesellschaft sie sich befinden.

Wie singt doch der Pfarrer D. Ziemssen von dieser Sorte „Christen“:

O, die ihr Liebe üben sollt und Lehren,
Wie wird man ferner euren Rath abwehren?
Wo bleibt das Band, das Menschenherzen bindet,
Wenn auch bei euch stets Lieb' und Eintracht schwindet?
Ihr streitet, sagt ihr, für des Himmels Pforten;
Meint Gott zu dienen mit viel Kampfesworten?
O, wenn nur nicht die Pfort' einst dem sich schließt,
Den Bruderhaß zu säuen nie verdrisset!
Ist denn die Sagung nur euch wert und teuer,
Die einst geschwieben ward im Kampfesfeuer?
O, laßt der Wahrheit ihre höhern Rechte
Und werdet nicht der Menschenfalschung Knechte!
Von Weh und Tränen spricht vergangene Kunde,
Wo Frömmigkeit und Liebe war im Bunde,
Wo Jesu Namen war wiepfad geschändet,
Durch üble Mittel schlechter Bau vollendet.
Die Liebe nur ist Christi Jünger Zeichen,
Die Sagung nicht! — Des Irrtums Schatten weichen,
Wo sich die Herzen weit und offen finden,
Den Trug der Eigenliebe zu überwinden. (S. S.-B.)

Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Ostfriesland. Der Abwehrstreik bei der Firma C. Schindler dauert fort. Zugut ist streng fernzuhalten. Kollegen, die aus dem Viermillionenfonds Unterstützung erhalten und angewiesen werden sollten, bei der bestreikten Firma C. Schindler in Arbeit zu treten, diene zur Kennntnisnahme, daß sie die Annahme dieser Arbeit zu verweigern berechtigt sind, laut eines gegebenen Bescheides der Königl. sächsischen Generalzolldirektion auf eine Eingabe in dieser Sache, ohne der Unterstützung verlustig zu gehen.

Halle a. S. Die eingeleitete Lohnbewegung führte zum Abschluß eines Tarifvertrags mit der Firma Karl Beyer, wobei ein Minimallohn von 9 Mk. bei entrippter und aufgesetzter Decke, zubereitetem Umblatt und entrippter und getrockneter Einlage bewilligt wurde. Die tägliche Arbeitszeit ist auf 9½ Stunden (Sonntags 8½ Stunden) reduziert worden.

Görlitz b. Dresden. Mit der Firma Kaden u. Co. ist ein Lohnvertrag abgeschlossen und zwar mit einem Mindestlohn für Koller von 6.50 Mk., für Wickelmacher 3 Mk., bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 49 Stunden.

Hamburg. Wegen vorgenommener Lohnreduktion ist der Zuzug von Zigarettenarbeitern und Arbeiterinnen nach hier streng fernzuhalten.

Ueber sämtliche Filialfabriken der Firma Th. Heinicke-Richtlengern (Westfalen) in Eilshausen, Südlengern, Richtlengern und Klosterhauerschaft ist wegen Maßregelungen der Arbeiter und Reduzierung der Löhne bei Einführung neuer Sorten vom Deutschen Tabakarbeiterverband, Christlichen Tabakarbeiterverband und dem Sortiererverband die Sperre verhängt worden.

Der 11. Verbandstag der Bauhilfsarbeiter tritt am 6. Februar in Leipzig zusammen. Die Maurer beginnen ihren 11. Verbandstag am 7. Februar ebenfalls in Leipzig. In den

beiderseitigen Verbandsorganen werden jetzt die Bestimmungen veröffentlicht, die von den Vorständen als Uebergangsbestimmungen bis zur erfolgten Verhinderung beziehungsweise als Anhang zum Statut ausgearbeitet wurden und über die in Leipzig die endgültige Entscheidung getroffen werden soll. Demnach wird die Tätigkeit der beiden Verbände bis zum 31. Dezember des laufenden Jahres fortbauern, am 1. Januar 1911 soll jedoch der Deutsche Bauarbeiterverband seine Tätigkeit aufnehmen. — Der Holzarbeiterverband zählte am Schlusse des 3. Quartals 151 406 Mitglieder, davon 3031 weibliche. Gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres (1908) beträgt die Zunahme 5618. Der Verband befindet sich also wieder auf dem Vormarsche. Von den Ausgaben im Quartal entfallen auf Arbeitslosenunterstützung 108 481 Mk., Streiks 205 757 Mk., Krankenunterstützung 131 676 Mk. Das Verbandsvermögen betrug 3 216 300 Mk., davon 1 324 028 Mk. in den Totkassen. — Die Mitgliederzahl des Verbandes der Maurer stieg 1909 von 160 441 im 1. Quartal auf 179 451 im 3. Quartal. Am Jahreschluss 1908 zählte der Verband 163 342 Mitglieder, die Zunahme beträgt demnach rund 16 000 Mitglieder. Mag nun auch, wie immer, das 4. Quartal bei den baugewerblichen Organisationen nicht so günstig sein, wie das 3. Quartal, so ist dennoch zu hoffen, daß die Zunahme des Maurerverbandes am Schlusse des Jahres 1909 gegenüber dem Jahreschluss 1908 eine nicht unbedeutende sein wird. — Der Zentralverein der Bildhauer zählte am Schlusse des 3. Quartals 3820 Mitglieder. An Arbeitslosenunterstützung wurden 13 474.40 Mk., an Reiseunterstützung 1374.45 Mk., an Krankenunterstützung 2614.50 Mk. und für Streiks 4132.80 Mk. verausgabt.

Achtung, Tabakarbeiter!

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma S. Hiltmann in Rüttern haben Montag, den 17. Januar, wegen Lohnreduzierungen die Arbeit niedergelegt. Da Herr Hiltmann sich an das Hauptkollektariat Riegau wenden will, um arbeitslose Tabakarbeiter zu erhalten, so teilt Unterzeichneter mit, daß nach einer Aussprache auf der Oberzolldirektion Breslau die vorgelegte Behörde sich auf den Standpunkt stellte, daß unterstützungsberechtigte Tabakarbeiter nicht als Arbeitswillige gezwungen werden können. Sollte doch wider Erwarten von einzelnen Zöllnern an befreite oder gesperrte Betriebe Arbeit nachgewiesen werden, so ersucht Unterzeichneter um sofortige Mitteilung.

Auch über die Firma Schiefenbusch-Riegau hat die Leitung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes die Sperre verhängt. Herr Schiefenbusch, welcher gleichfalls, wie die übrigen Firmen in Riegau, einen Tarifvertrag abgeschlossen hatte, erklärte, die erhöhten Löhne nicht zahlen zu können. Herr Schiefenbusch, der die Zehrlingszüchterei im großen betreibt, warb den Zehrlingen einen wahren Hungerlohn. Hoffentlich werden die Eltern Herrn Schiefenbusch nicht mehr ihre Kinder zur Ausbeutung übergeben. Die Zehrlinge müssen eine dreijährige Zehrgeldzeit durchmachen; wenn die drei Jahre vorüber sind, können die Arbeiter noch keine gute Zigarre machen.

Max Clement
Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiterverbandes.

Berichte.

Altona. Am 24. Januar fand in den Blumenfälen eine kombinierte Mitgliederversammlung der Zählstellen Hamburg, Altona, Ottenfens, Barmbeck, Wandsbek und Schiffbek des Tabakarbeiterverbandes statt. Der Gauleiter Hadelberg erstattete zunächst die Rechnungsablage der Gau- und Agitationskassen für das Jahr 1909, danach betrug die Einnahme 6400.30 Mk., die Ausgabe betrug für die Gaukasse 3091.19 Mk., für die Komplexkasse 3043.14 Mk. Vom 4. Quartal 1908 sind 265.97 Mk. an die örtliche Kasse zurückgezahlt worden, so daß eine Gesamtausgabe von 6400.30 Mk. zu verzeichnen war. Die Ausgabe ging in der Einnahme auf, so daß ein Kassenbestand nicht vorhanden war. Die Abrechnung wurde genehmigt und dem Gauleiter Entlastung erteilt. Aus dem hierauf vom Gauleiter Hadelberg erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahr zunächst eine gewaltige Agitation gegen die drohende Tabaksteuer entfaltet wurde, welche jedoch leider das Zustandekommen derselben nicht verhindern konnte. Um nun die vernichtende Wirkung der Tabaksteuer in etwas zu paralysieren, fand am 11. Juli eine Gaukonferenz statt, zu dem ausgeprochenen Zweck, auf die Kollegen anfeuernd einzuwirken, damit dieselben sich nicht ins Bodshorn jagen lassen. Diese Idee der Abhaltung einer Gaukonferenz hat sich als eine glückliche erwiesen; denn es haben danach eine ganze Reihe von Lohn- und Tarifbewegungen im Gau stattgefunden. In diesen Bewegungen waren beteiligt 210 Arbeiter bei 42 Fabrikanten, von welchen 16 Fabrikanten einen Tarif abgeschlossen haben. Auch bei den übrigen 26 Fabrikanten sind Lohnhöhungen, jedoch ohne Tarifabschluss, eingetreten. Im ganzen wurden 258 Sorten im Lohn aufgebessert, und zwar 3 Sorten um 25 Pfg., 161 Sorten um 50 Pfg., 2 Sorten um 75 Pfg., 69 Sorten um 1 Mk., 14 Sorten um 1.50 Mk. und 5 Sorten um 2 Mk. Hier im Städtekomplex habe er von Dezember 1907 bis Frühjahr 1909 eine intensive Tätigkeit für die Zigarettenarbeiter entwickelt. In einer Sitzung mit denselben wurden verschiedene Forderungen aufgestellt. Es haben dann 7 allgemeine Zigarettenarbeiterversammlungen stattgefunden. Ferner 13 Sitzungen, 16 Fabrikversammlungen und 2 Agitationsfeste. Weiterhin ist durch Zeitungsartikel, Versammlungszettel und Annoncen agitiert worden. Sodann sind Lohnabzüge zurückgeschlagen und Lohnbewegungen inszeniert worden. Leider sind die meisten Zigarettenarbeiter der Organisation wieder untreu geworden. Die Folge davon ist, daß jetzt bei der Firma Serdaropulos wieder Lohnabzüge gemacht worden sind. Betreffs der Zigarettenarbeiter sind vor dem 15. August bei verschiedenen Firmen Lohnaufbesserungen erfolgt. Auch dem 15. August sind Lohnbewegungen wegen Einführung neuer Sorten bei 12 Firmen erfolgt, wodurch auch teilweise Erfolge erzielt wurden, während bei andern die Verhandlungen noch schweben. Redner empfiehlt einige Firmen, welche besonders miserable Löhne zahlen und nichts zulegen wollen, dem freundlichen Andenken der Kollegen. Tarife haben bis jetzt 74 Firmen mit uns abgeschlossen. Unter diesen befindet sich jetzt auch Hildebrand, während Thomas noch abseits steht, allerdings aber Tarife Löhne zahlt. Zum Schlusse fordert Redner die Anwesenden noch auf, ihn tatkräftig zu unterstützen und die gefassten Beschlüsse hochzuhalten. Geschehe dieses, dann würden wir auch die jetzige schlechte Periode überwinden und wieder vorwärts marschieren. Als Nachtrag sei noch erwähnt, daß in den drei Arbeitsnachweisbüros Hamburg, Altona und Ottenfens in den drei ersten Quartalen 1909 2699 Arbeitergehalte eingingen, von denen 2263 besetzt wurden, während 436 unbefest blieben. Am 31. August waren aber schon 300 Arbeitslose vorhanden; eine Folge der Tabaksteuer. Dazu kamen 500 Pensumarbeiter. Anfangs Oktober betrug die Zahl der Arbeitslosen 800, welche sich vor Weihnachten etwas verringerte. Jetzt beträgt die Zahl der Arbeitslosen, inklusive Sortierer und Riffenbesitzer, mindestens 1000.

In der Diskussion tritt Seidepriem zunächst für eine Verschmelzung der Zählstellen ein. Dadurch werde seiner Meinung nach Geld gespart, selbst bei Anstellung eines zweiten Beamten. Es könne dann auch eine Sprechstunde eingeführt werden, so daß die Kollegen nicht oftmals nutzlose Wege zu machen bräuchten, wenn sie den Gauleiter nicht zu Hause antreffen. Weiterhin stellt er den Antrag: Kleinfabrikanten, welche Mitglieder unfres Verbandes sind und den Tarif nicht mit uns abschließen wollen, aus dem Verbands auszuscheiden. Thomas bemerkt, er stehe prinzipiell auf dem Standpunkt, daß es heiligste Pflicht einer Gewerkschaft sei, für die Tarifbewegung einzutreten, sofern sie

die Macht zur Durchführung habe. Bis jetzt hätten aber noch wenige Gewerkschaften eine Tarifbewegung eingeleitet. Er persönlich sei ein grundsätzlicher Gegner der Tarifbewegung, da dieselbe unter Umständen einer Aufwärtsbewegung hinderlich sein könne. Nun könne man ein Gegner der Tarifbewegung sein und doch die tariflichen Bedingungen erfüllen; das treffe bei ihm zu. Wenn nun also die tariflichen Bedingungen von ihm erfüllt werden, dann komme für die Arbeiter durch die Formel des Tarifabschlusses doch nichts heraus. Darum verheße er nicht, daß er gezwungen werden solle, den Tarif zu unterschreiben. Er lasse sich nur im äußersten Fall zwingen, den Tarif zu unterschreiben. Oftertag hat es schmer empfunnen, daß Thomas den Tarif nicht abgeschlossen hat. Die Kollegen hätten gerade von Thomas erwartet, daß er als einer der ersten den Tarif unterschreiben würde. Vor Aufstellung des Tarifes habe Thomas die Tarife Löhne noch nicht gezahlt, das sei erst nachher geschehen. Die Verwaltungen seien der Meinung, daß er erst durch die Tarifaufstellung dazu gekommen sei, was für die Macht des Tarifes spreche. Deshalb könne Thomas denselben auch unterschreiben. Beggerow wendet sich ebenfalls gegen Thomas, und stellt an die Hamburger Zählstelle die Anfrage, ob der selbständige frühere Kollege Hildebrand vom Verband Arbeitslosenunterstützung bezogen habe. Wenn ja, dann sei die Unterstützung zu unrecht erfolgt. Im übrigen unterstreicht er die Ausführungen Hadelbergs. — Da die Anfrage Beggerows nicht gleich beantwortet werden kann, wegen Fehlens des betreffenden Kollegen, der Auskunft geben kann, soll die Sache nachgeprüft und in der nächsten kombinierten Versammlung Mitteilung davon gemacht werden. Seidepriem tritt nochmals für die Verschmelzung ein und polemisiert des weiteren gegen Thomas, dabei seinen Antrag aufrechterhaltend. Ferner charakterisiert er Hildebrand, welcher seinen Arbeitern zu niedrige Löhne zwecks Unterstützung bei der Zollbehörde berechnet habe, so daß dieselben dadurch geschädigt seien. Thomas bemerkt, daß Oftertags Behauptung der vorher gezahlten niedrigeren Löhne zwar richtig sei, aber nichts gegen ihn beweise. Forderung der Tarif höherer Löhne, dann zahle er sie auch. Er erblicke aber in der Unterschreibungsforderung einen Gewissenszwang. Hadelberg fordert in seinem Schlusswort die Kollegen auf, ihn zu jeder Zeit, auch Sonntags, zu besuchen, wenn sie Auskunft haben wollen. Er habe bis jetzt noch keinen weggeschickt, außer einen am diesjährigen Neujahrsmorgen, wo er gerade zu Bett gegangen sei. Mit Thomas habe er lange konferiert, doch habe sich derselbe geweigert, zu unterschreiben. Bei langfristigen Tarifen könnten allenfalls Schädigungen eintreten, aber doch nicht bei unsern kurzfristigen. Er hoffe, daß Thomas sich die Sache noch einmal überlegen, und den Tarif doch noch unterschreiben werde. Hierauf erklärt Thomas, daß er den Tarif mit der Organisation abschließen werde. Seine Ueberzeugung und Grundanschauung halte er aber aufrecht. Oftertag erklärt, daß die Verschmelzung nur bei einem Zentralarbeitsnachweis Sinn habe. Er habe in einer früheren Versammlung erklärt, die Kollegen seien noch nicht reif dazu, weil sie noch jetzt unter der Hand Arbeit annehmen, was bei einer Zentralisierung des Arbeitsnachweises noch mehr der Fall sei. Zudem habe eine frühere kombinierte Versammlung die Verschmelzung abgelehnt.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung gibt Hadelberg die Arbeitsnachweisfrequenz bekannt, und teilt mit, wieviel in den einzelnen Zählstellen an Extrabeiträgen eingenommen und ausgeben worden ist. Die Gesamteinnahme betrug bis zum 22. Januar 3658 Mk., die Gesamtausgabe 2417.65 Mk., verbleibt ein Ueberschuß von 1240.35 Mk. Dieses Ergebnis, so betont der Redner, stelle den Hamburger Tabakarbeiter ein glänzendes Zeugnis von Solidarität aus. Es sei zu erwarten, daß dieselben auch fernerhin ihre Solidarität und Opferwilligkeit in solch hohem Maße betätigen. Auf Grund dieses Ergebnisses beantragen die Verwaltungen, die Unterstützungsbaure zu verlängern. Der Antrag lautet folgendermaßen:

Antrag der Ortsverwaltungen.
„Die kombinierte Versammlung wolle beschließen, daß diejenigen arbeitslosen Verbandsmittelglieder, deren Unterstützungsbaure abgelaufen ist, für den doppelten Zeitraum derselben Unterstützung aus lokalen Mitteln gezahlt erhalten, und zwar in Höhe der ihnen zustehenden Verbandsausgaben.“
Der Beschluß der letzten kombinierten Versammlung, denen, welche die Verbandsausgaben erhalten, aus örtlichen Mitteln eine Extraausgabe von 3 resp. 2 Mk. zu zahlen, bleibt bestehen.“

Dieser Antrag wurde angenommen.
Nachdem Oftertag noch gegen den Altonaer Handelskammerbericht Protest erhoben, und Hadelberg auf die Altonaer Gewerbegerichtswahl hingewiesen hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Dono bei Bieren. Hier befindet sich eine Zigarrenfabrik der Firma Schäfer u. Haggen. Auf dieser Filiale wurden Lohnabzüge gemacht. Die Folge war, daß sich die Arbeiter dem Deutschen Tabakarbeiterverbande angeschlossen. Der Meister Müller versucht nun, zwei Kollegen zu maßregeln. Zu gleicher Zeit unternimmt es der Lehrer Kaiser dort, die Arbeiter dem Verbands abspenstig zu machen, indem er droht: die im Verbands seien, würden aus dem Jünglingsverein ausgestoßen. Hoffentlich erkennen die Arbeiter, daß ihnen der Verband notwendiger ist wie der Jünglingsverein. Wenn nun durch solches Vorgehen die Arbeiter andere Ansichten über die Kirche bekommen, derselben entfremdet werden, dann sind die Herren selbst schuld, die der Sozialdemokratie die Schuld dafür zuweisen. Diese Herren lernen nie, tolerant zu sein. Für sie gelten die Worte, welche Herr Pastor v. Bodelschwingh in Dinne gesprochen hat. Derselbe stellte einen starken Rückschritt des kirchlichen Lebens unter den Zigarrenarbeitern fest und sagte:

Dieser Rückschritt des kirchlichen Lebens im Zigarrenarbeiterstande ist freilich zu einem Teil Schuld der Kirche selbst.

Kirchliche Kreise, die doch in allen sozialen Fragen die weitblickendsten sein sollten, haben zu lange jedes Organisationsrecht der Arbeiter nur mit Mißtrauen angesehen, statt es in gesunde Bahnen zu leiten.

Sie haben jede Art von Streik mit mehr oder weniger scharfen Mitteln bekämpft und ihn vielfach als eine unfittliche Tat hingestellt. Sie haben in nur zu vielen Gemütern die Meinung fortbestehen lassen, als sei das Wort „sozial“ ungefähr gleichbedeutend mit „umstürzend“, während es doch recht verstanden genau das Gegenteil will.

So Herr Pastor Bodelschwingh. In Dono wird diese Auffassung bestätigt.

Wir sagen: Nur so weiter! Das Elend der Tabakarbeiter schreit zum Himmel. Die einzige Rettung finden die Tabakarbeiter in einer starken, freien Organisation. Wer die Tabakarbeiter hindert, die Machtmittel der Kirche dazu benutzt, sie der Organisation fernzuhalten, schadet nicht der Organisation, sondern der Kirche, indem der Tabakarbeiter, wie Bodelschwingh sehr richtig sagt, der Kirche entfremdet wird, weil er in ihr den Feind der Arbeiter sehen muß, welcher mitschuldig an dem Elende der Arbeiter in der Tabakindustrie ist.

Gehlenbeck. (Nach etwas von der Firma Aug. Blase, Filiale Gehlenbeck.) Uns wird geschrieben: Ein Neujahrsgeschenk in Form einer Maßregelung wurde einem Zigarettenarbeiter auf der hiesigen Filiale der Firma Aug. Blase, Gehlenbeck, Werkmeister Schlämer, zuteil. Als die Arbeiter der Fabrik am Montag, 3. Januar, Tabak holen wollten, wurde ihnen vom Lagerarbeiter gesagt, daß er keinen Tabak ohne Bücher ausgeben, die Bücher hätte Meister Schlämer in seiner Wohnung. Die Arbeiter erklärten dem Lagerarbeiter, sie hätten nun lange genug gewartet, er könne ja den vorausgabten Tabak auf einen Zettel und nachher in die Bücher schreiben. Dieses geschah auch und die Arbeiter bekamen Tabak. Als nun der obengenannte Kollege als letzter Tabak bekam, erschien der „Herr“ Werkmeister und rüffelte den Lager-

arbeiter ab, „da die Bücher doch noch gar nicht ausgegeben seien und ohne dieselben kein Tabak ausgegeben werden solle“. Der Lagerarbeiter bemerkte: „Die Leute sind ja reinweg verrückt, wenn sie keinen Tabak bekommen“. Als der Meister gegangen war, sagte er zu dem Kollegen: „Jetzt haben wir den Skandal, ich kann mich nun wieder anschauen lassen“. Auf die Antwort: „Wir sind doch hier nicht im Tagelohn, sondern im Akkord und müssen doch etwas verdienen. Wir wollen den Tabak auch nicht geschenkt haben“, kam der Meister, der vor der Tür gestanden hatte und die Ausrufung gehört hatte, zurück und fragte, was er gesagt hätte. Er schalt solange, bis der Arbeiter im Arbeitsstille wieder an der Arbeit sah. „Wenn es Ihnen nicht gefällt, so können Sie den Tabak wieder wegbringen“, schrie der Meister. Als der Arbeiter nun erwiderte, „es gefalle ihm ganz gut“, ging der Meister fort, kam aber gleich wieder und sagte: „Sie hören in 14 Tagen auf“. Der Kollege erwiderte nun: „So, das ist der Dank? Vergangenen Sommer konnte man uns gebrauchen, jetzt wird man, weil man arbeiten will, auf die Straße geworfen“. Der Meister sagte, er täte, was er für recht hielt, ob das vergangenen Sommer gewesen wäre oder jetzt. Dabei renommierter der Meister öfter mit seinem Wohlwollen, welches er den Arbeitern entgegenbringe. Nicht, wie gesagt wird, wegen zuviel Tabakverbrauch, sondern einzig und allein wegen der Ausrufung, zu der Meister Schlämer die Veranlassung gegeben hatte, ist der Kollege entlassen worden.

Hamburg. Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen fand am Sonnabend, den 22. Januar, im Lokale des Herrn Weidemann statt. Gauleiter **Sachseberg** hielt das einleitende Referat über die bereits durchgeführte Lohnreduktion seitens einiger hiesiger Zigarettenfabrikanten. Redner unterzog dieses inhumane Vorgehen einer scharfen Kritik. Leider komme das schlechte Organisationsverhältnis der Arbeiter dieser Branche den Fabrikanten zufluten. Redner zeigte an mehreren Beispielen, wie rückständig die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Zigarettenbranche sind; hier könne nur eine straffe Organisation helfend eingreifen. Der Deutsche Tabakarbeiterverband werde sich auch fernerhin der Zigarettenarbeiter annehmen. Pflicht der Arbeiter sei es, sich sämtlich dem Verbands anzuschließen. In der nun einsetzenden Diskussion wurden noch eine Reihe Mißstände besprochen und zum Anschluß an die Organisation aufgefordert. Hervorgehoben wurde, daß in der Zigarettenbranche unter den Arbeitern das jüngere Element vorherrschend sei. Leider sei es ja Tatsache, daß jüngere Personen für die gewerkschaftliche Organisation schwerer zu gewinnen seien; hier müßten die Ältern mithelfen, indem sie

ihre in der Zigarettenbranche tätigen Angehörigen auf den Wert der gewerkschaftlichen Organisation aufmerksam machen und dem Verbands zuführen. Dann würde es ein leichtes sein, mit den geschilderten Mißständen endgültig aufzuräumen.

Karlruhe. (Berichtigung.) In dem Bericht in Nr. 3 muß es heißen **Gustav Sauer** (nicht Bauer) und **Johann Rothacker** (nicht Joseph).

Ostrik. Das kleine, überaus fromme Städtchen Ostrik, das viele Hunderte von armen Weberfamilien in sich birgt, hat, so lange es besteht, immer in heiligem Gottesfrieden dagelegen. Die Weber, welche einen Stundenlohn von 16 bis 18 Pfg. bekommen, zuden mit keiner Wimper, wenn ihnen davon noch etwas abgezogen wird. Sie meinen nur, das ist eine Schickung Gottes und ein Grund, noch fleißiger in die Kirche zu gehen und zu beten. Nun aber sind seit drei Jahren acht Stück Keger, die Tabakarbeiter, eingezogen, welche es auch jetzt noch nicht für nötig befinden, in die Kirche zu gehen, obgleich ihnen der Sozialdemokrat Herr Schindler 50 Pfg. pro Tausend vom Lohne abzog. Denn als Sozialdemokrat gibt sich Herr Schindler in Gewerkschaftshäusern aus. Die Arbeiter erlaubten sich sogar, in den Zustand zu treten, und das hat noch kein Mensch in Ostrik erlebt. Als wir am Montag Streikposten fanden, kam Herr Schindler aus dem Laden und sagte: „Kommt nur nicht zu weit rüber, ich schlage euch alle Knochen im Leibe entzwei.“ Dann sagte er etwas der Polizei holen; er ging auch danach, aber die Polizei hat ihm geantwortet, so lange sich die Arbeiter ruhig verhalten, könne sie nichts machen. Auch sagte er noch: „Ich hole den Schenkeleier und schlag euch die Knochen entzwei, man lebt ja gerade wie im Gefängnis.“ Wir raten Herrn Schindler, daß er sich zu seinem und seiner Arbeitswilligen Schutze ein halbes Duzend Schnellfeuerkanonen schicken läßt, denn ein Fabrikant, S. Förster aus Wittgendorf, Vorsitzender der Freisinnigen im genannten Orte, hat sich als Arbeitswilliger Herrn Schindler zur Verfügung gestellt. Die Freisinnigen können auf die Stütze stolz sein. Aber wir paar Tabakarbeiter werden mutig weiter kämpfen bis zur Entscheidung, obgleich sich noch einige Arbeitswillige gefunden haben, nämlich der frühere Dienstmann Robert Pilz aus Zittau, Gustav Hellkamp aus Zittau und Anna Wilda aus Borna bei Leipzig.

Strasbourg (Elsaß). (Traurige Arbeitsverhältnisse.) Aus der russischen Zigarettenmanufaktur von B. Kanter, Meisengasse 14, gehen uns lebhaft Klagen zu wegen ganz unzulänglicher Arbeitsverhältnisse. Herr Kanter beschäftigt nur drei Arbeiterinnen und einen Arbeiter. Die ersteren, die in der Branche durchaus eingearbeitet sind, verdienen nur

einen Lohn von 6 bis 8 Mk., nicht etwa pro Tag, sondern pro Woche bei Akkordarbeit. Trotz dieses niedrigen Lohnes brachte es Herr Kanter noch fertig, abwechselnd jede Woche einer anderen Arbeiterin 50 Zigaretten für seinen privaten Gebrauch abzunehmen, wofür sie dann keine Bezahlung erhielt. Herr Kanter wurde ohne Erfolg auf diese unbillige Handlungsweise aufmerksam gemacht. — Diese „idyllischen“ Zustände sollten eigentlich die in der Tabakbranche beschäftigten Personen mehr als viele Reden daran erinnern, daß sie die Pflicht haben, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen.

Schwennigsdorf. Die Firma Brodmann u. Reimann, Sitz Bremen, hat hier vor einigen Wochen billige Sorten eingeführt und die besseren Sorten fortgenommen. Die Arbeiter wollten sich das nicht gefallen lassen, was die Kündigung von zwei Kollegen zur Folge hatte. Gauleiter Schlüter verhandelte mit der Firma und die Maßregelung wurde zurückgenommen und die Sorten vorläufig angenommen. Ein paar Tage darauf führten zwei Kollegen nach Bremen. Dort haben dieselben mit Herrn Reimann 2½ Stunden verhandelt, welcher aber von Lohnzulage nichts wissen wollte.

Der Meister, welchen wir haben, hat zu einem Arbeiter, welcher natürlich nicht im Verbands war, gesagt: „Der Verbands nützt euch ja doch nichts, denn ich will es wohl machen, wenn sie keine Arbeit haben, daß sie keine Unterstützung aus dem Verbands bekommen.“ Mit den Handtischern sieht es traurig aus, dieselben werden überhaupt nicht gewaschen. Die Arbeiter sind doch nicht verpflichtet, die Handtücher selbst zu waschen. Schändlich ist es, wie Arbeiter mit dem Besenstiel traktiert werden. Die Fabrik ist doch keine Straf- oder Erziehungsanstalt. Die Arbeiter sollen sämtliche Kalkulatorarbeiten verrichten und bekommen nur 7.75, 8.75 und 9.50 Mk. Arbeitslohn. Bedauerlich ist aber, daß es noch Leute gibt, welche den Kampf der Arbeiter ums tägliche Brot noch nicht verstehen und sich immer wieder zu Arbeitswilligen hergeben. Für uns wird ein schwerer Kampf sich entspinnen, da Schwennigsdorf ein festes Zusammenhalten der Arbeiter noch nicht gesehen hat und verschiedene nur darauf warten, daß wir alle den Ort verlassen müssen, damit sie dann wieder in aller Ruhe bei den niedrigen Arbeitslöhnen weiter arbeiten dürfen. Wir sind aber fest entschlossen, hier auszuhalten, bis das letzte Wort gesprochen ist.

Briefkasten.

L. Z. Stärfleister läßt sich mit Zichorie, Zuckerconleur etc. dunkeln. Schimmel ist bei längerer Aufbewahrung nicht zu verhindern.

Rohtabak-Angebot von Heinrich Franck, Berlin, siehe vierte Seite des Hauptblattes.

Bekannmachung!

In Gemäßheit der Satzung § 10, Ziffer 1, findet die

Ordentliche Mitglieder-Versammlung der Sterbekasse für Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands in Hamburg

am Sonntag, den 6. März, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshause in Hamburg statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht. 2. Satzungsänderung und Beratung der in Bezug hierauf gestellten Anträge. 3. Wahl des Vorstandes sowie der Ersatzmänner und der Revisoren. 4. Sonstige Kassenangelegenheiten.

Hamburg, den 31. Januar 1910.

Der Vorstand. (gez.) P. Penz.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband Zahlstelle Potsdam.

Sonntag, den 20. Februar, abends 6 Uhr

Winter-Vergnügen

bestehend in Konzert, Verlosung und Ball

im Vereinslokal, Kaiser-Wilhelm-Str. 38.

Hierzu ladet freundlichst ein

Das Komitee. I. A.: Kiesel II.

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Alttestes Rohtabakgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Sumatra- und Java-Decken 1.70, 1.85, 2.00, 2.30, 2.40, 2.60, 2.80, 3.00, 3.20, 3.40, 3.60, 4.00, 4.30, 4.50, 5.30 A. — **Java** 1.00, 1.02, 1.05, 1.10, 1.25, 1.50, 1.60, 1.70 A. — **Domingo und Carmen** 1.08, 1.10, 1.15, 1.25, 1.40, 1.50 A. — **Felix** 1.10, 1.30, 1.35, 1.40, 1.50, 1.60, 1.80 A. — **Losgut**, blattig und gesund, 1.05 A. — **Uckermärker** 90 und 98 A. — **Elsässer** 96 A. — **Pfälzer** 96 A. — **Holländer** Umblatt 1.00 und 1.15 A.

Diskont gewähre 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme.

Telephon 11358.

Telephon 11358.

Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6

empfehlen als besonders preiswert und gut

Sumatra-Decker à 220, 250, 260, 280, 300, 340, 360, 390, 410, 500 A. **Java-Cuba**, vorzüglich, à 260 A. **Sumatra-Umblatt** à 160, 175 A. **Vorstenland-Decker** à 250, 310, 320, 390, 460, 525 A. **Java-Umblatt** à 170, 175, 180, 185 A. **Java-Einlage** à 95, 100, 105, 110, 115, 120 A. **Aufarbeiter** 115, 120 A. **Felix-Decke**, schneeweiß, Brand, 220 A. **Felix-Einlage** à 135, 140, 145, 150, 160, 170, 175 A. **Havanna**, hochfeine Einl., à 270, 350 A. **Carmen-Umblatt** à 130, 140, 145, 150 A. **Carmen-Einlage** à 100, 105, 110 A. **Domingo-Einlage** à 95, 100, 110 A. **Domingo-Umblatt** à 135, 145, 150 A. **Mexiko San Andres** à 450, 550 A. **Losgut**, sehr blattig und gesund, à 100, 110 A. **Uckermärker** à 92, 95, 100 A.

Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzuschlag.
Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto.
Man verlange neueste Preisliste.

Gegründ. 1888 **Otto Urbahn** Tel. VII, 3986

Berlin C. 25, Landsberger Str. 79.

Rohtabak

Java-Einlagen von 95 A an
Java-Umbl. u. Aufarb. von 125—190 A
Java-Decken von 200—475 A
Sumatra-Umblatt von 160—190 A
Sumatra-Decken von 190—700 A
Brasil von 125—325 A
Carmen von 95—165 A
Domingo von 95—160 A
Havanna von 180—600 A
Mexiko von 325—450 A
Losgut, viel Umblatt, 95 u. 100 A
Inländische Tabake von 95 A an

Utensilien

Pressen zu 10 Formen von 8 A an
Presskasten von 45 A an
Rollbretter, Birnholz, von 3 A an
Bundelböcke von 125 A an
Arbeitsmesser J. A. Hentfels 20, 25, 30 A
Lack 8 Stangen 25 A
Papier, blau, pro Zentner 15 u. 18 A
Band, 50 Meter-Rolle von 60 A an
Ringe, große Auswahl, von 20 A an
Etiketten verschied. Ausf. von 30 A an
Packungen zu Fabrikpreisen
Gummi-Tragant 175, 200, 250, 300 A

Gebrauchte Arbeitsstische, Formen usw. billigt am Lager.
Preise verzollt einschließlich Wertzoll per Pfund mit 3 Proz. Skonto von 10 A an. — Utensilien netto Kasse. Versand nur unter Nachnahme.

Achtung! Noch nie dagewesen!

Nur 2 Mark



welche durch ihr Feuer von einer echten nicht zu unterscheiden ist. Bei Weiterverkauf von 10 Ketten, Ringen, Cravattennadeln in Ihrem Bekanntenkreis erhalten Sie eine garantiert gutgehende n-silberne Herrenuhr vollständig gratis. Hunderte von Nachbestellungen und Danksagungen. Sie werden es nicht bereuen. Schreiben Sie sofort eine Postkarte und ersuchen um Zusendung per Nachnahme.

Richard Judith, Versandhaus, Berlin O. 34, Abt. 9.

S. Hammerstein

BERLIN N. 54, Brunnenstrasse 181
Gegründet 1862

Roh-Tabak — Utensilien

hält sein reichhaltiges Lager von allen Sorten Tabak in jeder gewünschten Preislage bestens empfohlen.

Solange Vorrat

verlangen Sie

Sumatra-Decker

in hochfeinen hellen Farben und tadellosem Brand

Nr. 278 à 250 Pfg., Nr. 279 à 260 Pfg., Nr. 280 à 195 Pfg. per Pfund verzollt inkl. Wertsteuer. Versand unter Nachn.

Zenn & Ellrich :: Berlin N. :: Brunnenstr. 151.

la. Grus 30, 60, 90, präp. Rip. 20. Mufr.

Delj 2.50-3.50. Carm. u. Pfälz. Pfd. 1.00.

Kemmler Nfg. (Tbkhdg.), Breslau 6.

Bettmässen!

Befreiung garantiert sofort.

Auskunft umsonst. Alter, Geschlecht angeben. Institut „Sanitas“, Velburg 269 (Bayern).

Roh-Tabak

En gros. En detail.

Matthias & Schlichting, Leipzig

Brüderstrasse 4.

Grosse Auswahl! Billigste Preise!

H. Husemann, Bremen

Hobethor-Chaussee 105.

Sumatra-Decker, Bollblatt, hell 350, 470, 480, dunkel 180, Umblatt 160 A. **Vorstenland-Decker**, hell 340, dunkel 200 A. **Java-Umblatt** 140, 160, Einlage und Umblatt 125 A. **Brasil-Decker** 195, 200, Aufarbeiter 150, Einlage und Umblatt 180, 140, 145, 150 A. **Carmen und Domingo-Umblatt** 115 A. **Seedleaf-Umblatt** 140 A. **Mexiko-Decker** 300 A. **Yara und Cuba-Einlage** 135 A. **Blattiges Losgut** 100 A. **Qualitäts-Losgut**, bestehend aus Brasil, Seedleaf, Java, Sumatra, Domingo und Savanna, lose Blätter, à Pfund 105 A.

Sämtliche Tabake tabellös brennend. Preise inkl. Zoll und Verbrauchssteuer. Versand unter Nachnahme.

Beleidigungs-Zurücknahme

Ich Unterzeichnete nehme das, was ich gegen Herrn **Joseph Zentner**, 1. Bevollmächt. des Deutschen Tabakarbeiterverbandes der Zahlstelle Offenburger, Beleidigendes ausgesagt habe, bereuend und für unwahr zurück.

Fridolin Echtes Ehefrau Küfervasse.

Unliebsam versetzt.

Unserem Kollegen **Joseph Mödel** aus Heidingsfeld zu seinem am 20. Jan. stattgefundenen 60. Geburtstage ein kräftiges Hoch!

Seine Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Koburg.

Unserer Kollegin

Babette Köstner

zu ihrer am Sonntag stattfindenden Hochzeit die besten Glück- und Segenswünsche. Die Kollegen u. Kolleginnen von Burgundstadt.

Todes-Anzeigen.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege, der Zigarrenmacher **August Thielker** aus Potsdam, am 19. Januar nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist.

Ferner starb nach langem, schwerem Leiden am 21. Januar unser Mitglied, die Zigarettenarbeiterin Frau **Martha Dinter** aus Wilmshausen.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen die Mitglieder der Zahlstelle Berlin.

Am 22. Januar verstarb unser Kollege **Emil Göbel** aus Köhlitz nach langem, schwerem Leiden.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Kollegen von Wittweide.

Am 24. Januar starb nach langem Leiden unser Verbandsmitglied **Wilhelm Sauermann** aus Bovenend im Alter von 40 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zahlstelle Bovenend.

Am 28. Januar verschied plötzlich unser Mitglied **Franz Lenort** aus Lubom im Alter von 47 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden dem Verstorbenen bewahren die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Briefkasten.

J. J., Offenburger, 90 Pfg.

Zur Beachtung für Bevollmächtigte!

Behördlicher Scherereien zufolge wird es uns nicht mehr gestattet, auf den bei der Markensendung beiliegenden Begleitschein und die Empfangsbefähigungskarte den Namen und Nummer der Zahlstelle handschriftlich einzutragen, wie bisher, sofern die ganze Sendung als Druckfache befördert wird. In Zukunft wird die handschriftliche Eintragung der Namen von Seiten des Vorstandes unterbleiben, und erjuden wir deshalb die Bevollmächtigten nach Empfang der Sendung ihrerseits die oben bezeichnete Eintragung vollziehen zu wollen, ehe sie die frankierte Bestätigungskarte an den Vorstand zurücksenden.

Abrechnungen für das 4. Quartal

gingen in der Zeit vom 25. bis 31. Januar 1910 bei uns ein:

Vom 1. Gau: Hendsburg, Harburg, Blankenese-Dödenhuden; 2. Gau: Oldenburg; 3. Gau: Hildesheim, Helmstedt, Erxleben, Peine; 4. Gau: Gisleben, Hedemünden, Uslar, Bovenenden; 5. Gau: Mle i. Westf., Holsen, Bessentamp, Bückertreue, Dünne, Niederbegen, Werther, Rheda, Spradow, Bentorf, Schwenningdorf, Pyrmont, Gilschhausen, Bielefeld, Kirchlingern, Spenge; 6. Gau: Geldern, Lügernburg, Kreuznach; 7. Gau: Westerbürg, Altenbusch, Mainz, Rangenfeld, König, Trohe-Rüdjen, Rampertheim, Offenbach, Wiesfeld, Biebrich, Groß-Hausen; 8. Gau: Sandhausen, Gdingen, Seckenheim, Kuchloch, Eckenobben; 9. Gau: Seidenheim, München, Lauffen, Nürnberg, Schorndorf, Baden-Waden; 10. Gau: Teudern; 11. Gau: Deuben, Elstra, Wittweida; 12. Gau: Schneidmühl, Milsow, Striegau, Neustadt, Jirke, Glas, Altwasser, Greiffenberg, Trebnitz, Schönlanke, Priebus, Rathbor, Gürlitz; 13. Gau: Spandau, Drielen, Wittenberge, Rottbus, Sommerfeld, Lübben, Guben, Pasewalk.

Bremen.

Der Vorstand.

Vom 25. bis 31. Januar 1910 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

31. Dezember 1909	Nr.	25. Januar	Nr.
Wlotha	50.—	Wlotha	600.—
durch W. Schlüter		25. Birnbaum	250.—
16. Januar		25. Westerbürg	20.—
Raden	50.—	25. Rangenfeld	58.20
23. Apolda	70.—	25. Kuchloch	100.—
24. Neuhäuslein	130.—	26. Rüdjen-Trohe	24.11
24. Guben	150.—	26. Trebnitz	100.—
24. Wende	200.—	26. Csanabrid	100.—
24. Kreuznach	30.—	26. Bentorf in Lippe	46.24
24. Hedemünden	36.—	26. Schwenningdorf	119.56
24. Stitt-Quernheim	60.—	26. Pölsig	300.—
24. Niederbegen	171.59	26. Seckenheim	180.—
24. Jirke	43.25	27. Harburg	70.—
24. Erxleben	70.—	28. Kirchlingern	400.—
24. Altmorschen	49.66	28. Berlin	500.—
24. Werther i. W.	180.—	28. Kichne i. W.	400.—
24. Rheda i. W.	180.—	28. Salzgumen	100.—
24. Helmstedt	150.—	28. Rampertheim	3.41
24. Hildesheim	70.—	28. Pasewalk	50.—
24. Mainz	50.—	28. Birna	100.—
24. Gisleben	60.—	28. Rottbus	50.—
24. Eckenobben	30.—	29. Bovenenden	150.—
24. Spremberg	150.—	29. Köhne i. W.	100.—
24. Elstra	40.—	29. Dietzheim	90.—
24. Glas	150.—	29. Sandhausen	50.—
24. Nürnberg	150.—	30. Nauen	460.—
25. Dünne	120.—	30. Hedenheim	500.—
25. Mhlen i. W.	50.—	30. Gürlitz	600.—
25. Holsen	500.—	30. Frankfurt a. O.	190.—
25. Altenbusch	14.27	30. Teudern	40.—
25. Peine	20.—	31. Bremen	300.—

Verichtigung: In Nr. 4 des Tabak-Arbeiter muß es unterm 10. Januar heißen: Strahburg-5411 Mr. Verbandsbeiträge und 3 Mr. für Broschüren.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Einige Reklamationen wollte man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten anbringen.

Erlaube die Herren Abnehmer, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 31. Januar 1910.

W. Nieder-Welldand, Kassierer,
Saulenstraße 58 60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Alenburg: Rich. Bernhardt als 1. Bev., Rich. Große als 2. Bev., Reinh. Brod als 3. Bev.; Fr. Reimann, D. Stetefeld, W. Hebenitz als Kontrollleure.

Für Altwasser: Heinr. Klose als 1. Bev., Herm. Rüdner als 2. Bev., Joseph Mies als 3. Bev.; Friedr. Wehrauch, Friedr. Anders, Frau Clara Kleinert als Kontrollleure.

Für Bentorf: Simon Werhmann als 1. Bev., Fritz Westhof als 2. Bev., August Stod als 3. Bev.; August Watermann, August Steinmeier als Kontrollleure.

Für Birnbaum: Rich. Böger als 1. Bev., Hugo Wollermann als 2. Bev., Ernst Menze als 3. Bev.; Abraham Kopp, Wilh. Walter, Rob. Tschirnsch als Kontrollleure.

Für Blankenese-Dödenhuden: Robert Wehnert als 2. Bev., Fritz Vochum: C. Vethorn als 1. Bev., J. Schaub als 2. Bev., H. Thormeyer als 3. Bev.; Julius Stange, Franz Rufe, Rich. Sauer als Kontrollleure.

Für Brieg: Osw. Klesch als 1. Bev., Karl Pagner als 2. Bev., Wilh. Schneider als 3. Bev.; Wilh. Pfigner, Max Euler, Louise Reissner als Kontrollleure.

Für Eilenburg: Franz Pinfau als 1. Bev., Adolf Kreschmar als 2. Bev., Karl Theilke als 3. Bev.; Wilh. Heinze, Franz Sperling, Woldeimar Mathias als Kontrollleure.

Für Eisleben: Wilh. Cristange als 1. Bev.

Für Erxleben-Ilrsleben: Max Kooke als 1. Bev., Gustav Knippel als 2. Bev., Wilh. Jöllner als 3. Bev.; Alfr. Schiekel, Karl Kresse als Kontrollleure.

Für Froschhausen: Kilian Kämmerer als 1. Bev., Peter Daffinger als 2. Bev.; Andreas Korb V, Magdalena Kämmerer als Kontrollleure.

Für Gera: Gust. Peine als 1. Bev., Paul Rudolph als 2. Bev., Alfred Reuthold als 3. Bev.; Otto Seidel, Otto Diehsch, Gust. Hoffe als Kontrollleure.

Für Gohlis bei Dresden: Franz Müller als 1. Bev.; Gust. Weiskner, Frau Emma Strauß als Kontrollleure.

Für Großenhain: Anton Kriften als 1. Bev., Otto Förster als 3. Bev.; Karl Schwenke, Georg Schrage, Otto Pfennig als Kontrollleure.

Für Groß-Hausen: Ph. Knaup VII als 1. Bev., Georg Knaup als 2. Bev., Heinr. Spilker als 3. Bev.; Thomas Hölzel, Konrad Mai als Kontrollleure.

Für Guben: Karl Kooke, Franz Maske als Kontrollleure.

Für Hannover: Adolf Grethe als 1. Bev., W. Jassoth als 2. Bev., W. Lambrecht als 3. Bev.; Louis Rischmüller, Louis Grethe, W. Schiffer als Kontrollleure.

Für Helmshausen: Karl Bungenental als 1. Bev., Wilh. Schneider als 2. Bev., Adolf Böning als 3. Bev.; Heinr. Deisel, Karl Spatz, Herm. Böge als Kontrollleure.

Für Hirschberg: Wilh. Hain als 1. Bev., Max Jidter als 2. Bev., Otto Kraeding als 3. Bev.; Schoder, Miethe, Gottschling als Kontrollleure.

Für Hochdorf: Fr. Schloffer als 1. Bev., Rich. Jörns als 2. Bev., Ludwig Heffer als 3. Bev.; Peter Heffer, Franz Pappan, Nikolaus Jörns als Kontrollleure.

Für Holsen in Westfalen: Wilh. Brinkmann als 1. Bev., Wilh. Oberschmidt als 2. Bev., Heinrich Bohrenkämpfer als 3. Bev.; Heinr. Schöneberg, Wilh. Kl. Döpte, Ernst Maschmann als Kontrollleure.

Für Kottbus: Wilh. Vogel als 1. Bev., Heinrich Hübner als 2. Bev., Friedr. Guntowsky als 3. Bev.; Fritz Stiller, Alfred Kuhlisch, Wilh. Nobel als Kontrollleure.

Für Kreuznach: Heinr. Niegel als 1. Bev., Jakob Wecholdt als 2. Bev., Th. J. Landner als 3. Bev.; G. Friedmann, Frau Kaufner, Leopold Fähr als Kontrollleure.

Für Langenbielau: Karl Kojke als 1. Bev., Wilh. Miß als 2. Bev., Paul Hahn als 3. Bev.; Paul Pietad, Jda Pfischer, Herm. Miß als Kontrollleure.

Für Lauenburg: F. Wöhler als 1. Bev., Joh. Frenz als 2. Bev., J. Lucas als 3. Bev.; W. Adeling, H. Hartkopf, W. Schröder als Kontrollleure.

Für Leipzig: Karl Busche als 1. Bev., Rich. Hoffmann als 2. Bev., Osw. Franz als 3. Bev.; Paul Hensel, Karl Opitz als Kontrollleure.

Für Remgo: Aug. Schmut als 1. Bev., Friedr. Kölling als 2. Bev., Fritz Frikemeier als 3. Bev.; Aug. Kuhlmann, Eduard Menze, Aug. Mithage als Kontrollleure.

Für Rorich: Valentin Maiberger als 1. Bev., Konrad Gärtners als 2. Bev., Wilh. Proß als 3. Bev.; Daniel Reher, Valentin Behms, Jakob Gutschalt als Kontrollleure.

Für Rübben: Bruno Schellack als 1. Bev., Alfr. Regel als 2. Bev., Herm. Kellner als 3. Bev.; Herm. Preuß, Karl Hoffmann, Otto Gernerdsdorf als Kontrollleure.

Für Rungenau: Paul Bachmann als 1. Bev., Max Frommhold als 2. Bev., Edwin Winkler als 3. Bev.; Arno Schurdt, Otto Wihler, Otto Müller als Kontrollleure.

Für Silesien: Felix Cierpla als 1. Bev., Ignaz Koj als 2. Bev., Max Blannmann als 3. Bev.; Julius Laban, Stanislaus Grzeskowiak, Wladislaus Janekak als Kontrollleure.

Für Mühlhausen in Thüringen: H. Coring als 1. Bev., Otto Broesche als 2. Bev., Herm. Strauß als 3. Bev.; August Wühner, August Knabe, Christian Kränke als Kontrollleure.

Für München: Joseph Oberle als 1. Bev., Friedr. Jacobson als 2. Bev., Alois Thurmshöcker als 3. Bev.; Frau Reichle, Joh. Maages, Joh. Neß als Kontrollleure.

Für Redarhausen: Karl Siebig als 1. Bev., Joh. Siebig als 2. Bev., Philipp Schentenberger als 3. Bev.; Adam Hund, Jakob Engert, Michael Bredt als Kontrollleure.

Für Reubaus: C. Schanz, J. Stamford, P. Mathias als Kontrollleure.

Für Neustadt: Franz Vartisch als 1. Bev., Hermann Saff als 2. Bev.

Für Nürnberg: Julius Bencke als 1. Bev., August Vogtherr als 2. Bev., Georg Ellinger als 3. Bev.; H. Reiche, H. Jübl als Kontrollleure.

Für Oberottendorf: Emil Poka als 1. Bev., Ernst Barthel als 2. Bev.; Edwin Döckert, Edwin Verge, Rich. Winkler als Kontrollleure.

Für Ofenburg: Joseph Zentner als 1. Bev., Johann Ehle als 2. Bev., Wilhelm Vogt als 3. Bev.; Joh. Rad, Marie Wipfler, Ambr. Krummel, Verta Lachenmeier als Kontrollleure.

Für Orlau: Emanuel Langner als 1. Bev., Wilhelm Weitas als 2. Bev., Verta Vogel als 3. Bev.; Reinhold Klipsch, Karl Knappe, Emma Kraske als Kontrollleure.

Für Pasewalk: Willi Bürger als 1. Bev., Rich. Menze als 2. Bev., Paul Nowalski als 3. Bev.; Wilh. Kühn, Herm. Bartholomäus, Hans Weigert als Kontrollleure.

Für Peine: Fr. Freemann als 1. Bev., Fr. Becker als 2. Bev., Joh. Denkwitz als 3. Bev.; Gust. Gebhardt, Emil Wuschinski als Kontrollleure.

Für Priebus: Adolf Lehmann als 1. Bev., Paul Bachmann als 2. Bev., Paul Gruner als 3. Bev.; Elise Leutiger, Emma Schulz, Marie Lehmann als Kontrollleure.

Für Reilingen in Baden: Joh. Büchner als 1. Bev., Ludwig Biele als 2. Bev., Wilh. Hoffmann als 3. Bev.; Ludwig Villhauer, Karl Dorn, Peter Kerbs als Kontrollleure.

Für Sandhausen: Anton Wolf als 1. Bev., Christian Hoch als 2. Bev., Joseph Adam als 3. Bev.; Jakob Barthardt, Adam Zimmermann, Joh. Hüppmann als Kontrollleure.

Für Schiffel: Aug. Elvers als 1. Bev., Hermann Lüders als 2. Bev., Heinr. Winkelmann als 3. Bev.; Karl Heitmann, Ernst Ludwig, Otto Brüggemann als Kontrollleure.

Für Schöndorfen: Karl Rehsfeld als 1. Bev., Friedrich Pasche als 2. Bev., Albert Braunschweig als 3. Bev.; Gust. Voigt, Max Dienemann, Otto Treue als Kontrollleure.

Für Spandau: Albert Schmidt als 1. Bev., Otto Krieger als 2. Bev., Paul Dörner als 3. Bev.; Bödenbruder, Persete, Kammergier als Kontrollleure.

Für Zannenberg: Emil Schwarz als 1. Bev., Bruno Bayer als 2. Bev., Ernst Schöna als 3. Bev.; Franz Sadler, Paul Wenzel, Joh. Dieke als Kontrollleure.

Für Teuchern: August Schöpe als 1. Bev., Eugen Grundke als 2. Bev.; Otto Neulinger, Eugen Grundke junior, Emil Vollmann als Kontrollleure.

Für Velten: Paul Materne als Kontrollleure.

Für Werther in Westfalen: Fritz Banze als 1. Bev., Heinr. Menhoff als 2. Bev., W. Gehring als 3. Bev.; H. Johanningmeyer, P. Emmering, W. Menhoff als Kontrollleure.

Für Wittenberge: Wilh. Wormstedt als 1. Bev.; David Keffmann, Chr. Kibler, Frau Koyer als Kontrollleure.

Für Zwickau: Erich Mödel als Vertrauensmann.

Verichtigung: In Nr. 4 des Tabak-Arbeiter muß es unter Brake in Lippe heißen: Frau Lina Stölting und nicht Mölling.

Adressen-Änderungen:

Für Dünne in Westfalen: Der 1. Bev. Herm. Konfied wohnt jetzt Nr. 14.

Für Eilenburg: Der 1. Bev. Franz Pinfau wohnt in Bedelwitz, Nr. 19.

Für Eisleben: Der 1. Bev. Wilhelm Cristange wohnt Breiter Weg 5.

Für Erxleben-Ilrsleben: Der 1. Bev. Max Kooke wohnt in Ilrsleben.

Für Gera: Der 1. Bev. Gust. Peine wohnt Mittelstraße 18. — Der 2. Bev. Paul Rudolph wohnt in Debschütz, Friedrichstraße 68.

Für Halle a. S.: Der 1. Bev. Willi Reinstein wohnt Bernhardtstraße 16, I.

Für Holsen in Westfalen: Der 1. Bev. Wilh. Brinkmann wohnt in Holsen, Nr. 114 (Post Hle). — Der 2. Bev. Wilhelm Oberschmidt wohnt Nr. 112.

Für Jaktrow: Der 1. Bev. Otto Schumann wohnt jetzt Töpferstraße 140.

Für Landsberg a. W.: Der 1. Bev. Gust. Bredlow wohnt Meydamstraße 27. — Der 2. Bev. Rudolf Schulz wohnt Meydamstraße 22.

Für Remgo: Der 2. Bev. Friedr. Kölling wohnt Neue Straße.

Für Rübben: Der 1. Bev. Bruno Schellack wohnt Schützengraben 2.

Für Ruzenburg: Der 1. Bev. Konrad Driemeyer wohnt jetzt in Ruzenburg (Bahnhof), Poststraße 9, II.

Für Silesien: Der 1. Bev. Felix Cierpla wohnt Schrimmerstraße.

Für Redarhausen: Alle Zuschriften sind an Karl Siebig zu richten.

Für Neustadt in Oberschlesien: Der 1. Bev. Franz Vartisch wohnt Fischstraße 10. — Der 2. Bev. Hermann Saff wohnt Ring Nr. 29.

Für Nürnberg: Der 1. Bev. Julius Bencke wohnt Solgastraße 6, Hinterhaus III. — Der 2. Bev. August Vogtherr wohnt Kernerstraße 37, II.

Für Oberottendorf: Der 1. Bev. Emil Poka wohnt in Niederottendorf.

Für Orlau: Der 1. Bev. Emanuel Langner wohnt Fleischer-gasse 10.

Für Pasewalk: Der 1. Bev. Willi Bürger wohnt Bollwerk 4.

Für Priebus: Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. Adolf Lehmann zu richten.

Für Reilingen in Baden: Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. Joh. Büchner zu richten.

Für Schiffel: Der 1. Bev. Aug. Elvers wohnt Hochstraße.

Für Velten: Der 2. Bev. Julius Wölke wohnt Bergstraße 73.

Für Zwickau: Der Vertrauensmann Erich Mödel wohnt in Oberplanitz bei Zwickau, Gabelsbergerstraße 2450.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Altwasser: Durch den 2. Bev. Herm. Rüdner in Nieder-Salzbrunn, Nr. 50. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11 bis 1 Uhr nachmittags.

In Erxleben-Ilrsleben: Durch den 2. Bev. Gust. Knippel in Erxleben. An Wochentagen zu jeder Tageszeit. An Sonn- und Festtagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags in der Altenhäuser Straße.

In Gera: Durch den 1. Bev. Gust. Peine, Mittelstraße 18. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11 bis 1 Uhr nachmittags.

In Hannover: Im Verkehrsbüro S. Böttcher, Lange Straße 2. Zu jeder Tageszeit für auf Wanderschaft befindliche Mitglieder.

In Kottbus: Durch den 2. Bev. Heinr. Hübner, Göliger Straße 16, II. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends.

In Kreuznach: Durch den 1. Bev. Heinrich Niegel, Kahlenberger Straße 19, I. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 9 bis 10 Uhr vormittags.

In Langenbielau: Durch den 2. Bev. Wilh. Miß, IV. Bezirk, Hotel zur Post, Hinterhaus II, Seitengebäude Nr. 13. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends.

In Lübben: Durch den 2. Bev. Alfr. Regel, Logenstraße 29. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12 bis 2 Uhr nachmittags.

In Nürnberg: Durch den 2. Bev. August Vogtherr, Kernerstraße 37, II. An Wochentagen von 6 bis 7 Uhr abends.

In Priebus: Durch den 1. Bev. Adolf Lehmann. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11 bis 1 Uhr nachmittags.

In Zwickau: Durch den Vertrauensmann Erich Mödel in Oberplanitz bei Zwickau, Gabelsbergerstraße 2450. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags. An Sonn- und Festtagen von 10 bis 2 Uhr nachmittags.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In Gera: Durch den 2. Bev. Paul Rudolph in Debschütz, Friedrichstraße 68. Nur Sonnabends von 7 bis 9 Uhr abends.

In Hannover: Durch Böttcher, Lange Straße 2. Nur Dienstags von 8 bis 10 Uhr abends.

In Kreuznach: Durch den 1. Bev. Heinr. Niegel, Kahlenberger Straße 19, I. Nur Sonnabends von 6 bis 7 Uhr abends.

In Nürnberg: Durch den 2. Bev. August Vogtherr, Kernerstraße 37, II. Nur Sonnabends von 6 bis 7 Uhr abends.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, beachtet Eure Versammlungen zahlreich!)

In Altwasser: Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Eisleben: Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Gera: Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Kottbus: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Kreuznach: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Langenbielau: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Lübben: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Priebus: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Zwickau: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Zwickau: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Zwickau: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Zwickau: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Zwickau: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Zwickau: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Zwickau: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Zwickau: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Zwickau: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Zwickau: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Zwickau: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Zwickau: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Zwickau: Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Emil Frommann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Die geschlossene Partie

178 Ballen Java MVC

direkt in der Einschreibung vom 21. Januar in Amsterdam gekauft!

Der Tabak wird zu den Preisen des neuen Kataloges (im Notizkalender) verkauft.

Mit diesem neuen Kaufe biete ich meinen werten Kunden reifbraunen Qualitätstabak von kernigem Geschmack, tadellosem Brande, leicht auf der Hand, zu so billigen Preisen an, wie sie nur durch den direkten Einkauf ganzer Partien in den Einschreibungen möglich sind.

Ich bin infolge meiner Einkaufsmethode und meiner grossen Vorräte in der Lage, meine Kunden trotz der dauernd steigenden Javapreise auf lange Zeit hinaus mit gutem Material zu billigen Preisen zu bedienen.

Von der diesjährigen vorzüglichen Java-Ernte kaufte ich bis jetzt bereits
sechs geschlossene Partien.

Verlangen Sie Franko-Zusendung meines neuen Kataloges.

Heinrich Franck

Berlin N. 54
:: Brunnen-
Strasse 185

Gegründet 1879.

Telephon: Amt III, 4352.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946

empfehlen in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker 185, 210, 220, 240, 260, 275, 280, 340, 420, 460, 500 d .
Sumatra-Decker (Wollblatt) 155, 180, 240, 260, 275, 280, 340, 420, 460, 500 d .
Decker 220, 240, 250, 260, 270, 300, 320 d . **Mexiko-Decker**, enorm
deckfähig und zartblättrig, allerfeinste Gewächse und schneeweiss im Brand,
300, 350, 400, 430 d . **Mexiko-Umblatt** 150 d . **Java-Umblatt** 130,
155, 160 d . **Java-Umblatt und Einlage** 95, 105, 110 d . **St. Felix-
Brasil-Decker** 190, 215 d , deckt mit 4 Pfund, brennt schneeweiss, egale
braune Farben. **St. Felix-Brasil-Umblatt** 160, 170 d . **St. Felix-
Brasil-Umblatt und Einlage** 120, 140, 150 d . **Domingo-Umblatt**
90, 95, 100, 110, 120 d . **Carmen-Umblatt** 100, 105, 110, 120 d . **Seed-
leaf-Umblatt** 110, 120 d . **Portorico-Decker**, brennt schneeweiss,
130 d , -Einlage 100 d . **Havanna-Einlage** 200, 250, 300 d . **Yara-
Cuba** 200, 220 d . **Losgut** aus nur überfeinsten Originaltabaken, meist
Umblatt, 100, 105, 110 d .

Wickelformen (neu und gebraucht, in allen Fassungen, von 50 bis 150 d .
Schiffchen-Abdrücke verjende gratis und franko.
Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, be-
sonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M . Gummi-
Tragant, allerfeinste Ware, größte Kiebelkraft, per Pfund 250 d , bei Ab-
nahme von 10 Pfund netto à 240 d . **Zigarrenband**, feinste
gelbe Halbleide, 8 Lin., pro 50 Meter-Rolle 160 d .

Preise per Pfund verzollt einschl. Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

Carl Roland Berlin SO.

Kottbuser Strasse 4.

Sumatra-Bollblatt, tadellos, 2 M . per Pfund, ganz hell 4 M . per
Pfund. **Java-Aufarbeiter** 1.10 bis
1.40 M . Umblatt 1.75 u. 1.85 M .
per Pfund u. alle anderen Tabake billigt.
Nur wirklich brauchbare Tabake.

Brinkmeier & Co. Bremen

empfehlen als gut und preiswert
Sumatra-Decker 180, 220, 270, 300, 320,
340, 425, 450 600 d .
Sumatra-Umblatt 160, 170, 180 d .
Java-Decker 225, 250, 300, 360 d .
Java-Einlage u. Umblatt 100, 105, 110,
120, 135, 160, 170 d .
Brasil-Decker 200, 210, 225, 265, echte
Cruz das Almas.
Brasil-Aufarbeiter 170, 190 d .
Brasil-Einlage und Umblatt 130, 135,
150, 170 d .
Carmen 100, 110, 115, 120, 130, 150 d .
Domingo 95, 100, 110, 120, 130 d .
Mexiko-Decker 425 d , San Andres
Yara Cuba 190 d , wunderbare Qualität.
Seedleaf 145, 155 d , geschliff. brennend.
Losgut 95, 100 d , allerbeste Ware,
meist Umblatt.
Kentucky 130, 140, 155, 170 d .
Preise per Pfund verzollt einschliesslich
Wertzoll. Versand unter Nachnahme.

Heinrich Bormann Bremen, Krefelder Str. 4.

Empfehle: **Sumatra-Decker**, alles Boll-
blatt, 250, 280, 300, 325, 350, 380, 400, 425 d .
Java-u. Vorstenland-Decker 240, 260, 275 d .
Brasil-Decker 225, 240, Umblatt u. Ein-
lage 140, 150 d .
Java-Umblatt und Einlage 110, 120,
130, 140, 150 d .
Carmen 100, 110, 120, 130 d .
Domingo 100, 110, 120 d .
Havanna-Einlage 180, 200, 275 d .
ff. gemischte Original-Tabake, Auf-
arbeiter, 100, 110 d .
Die Preise verstehen sich per Pfund
verzollt und inklusive Wertsteuer.
Versand nur gegen Nachnahme.

Hygienische
Bedarfsartikel. Preisverzeichn. Katalog
m. Empfehlung viel. Aerzte u. Prof. Dr. Dr. Dr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik, Nr. 1.
Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Man verlange unsere neuesten Modellbogen

L. Cohn & Co., Berlin N. Brunnenstrasse 24

bieten bei
Neuanschaffungen
von
Wickelformen
eine riesenhafte Auswahl
bei den denkbar grössten Vorteilen.
Franko-Versand durch ganz Deutschland.
Wiederverkäufer höchsten Rabatt.
Ständiges Lager von über 30 000 neuen Wickelformen.
Ständiges Lager von über 10 000 gebr. Wickelformen.
Jedes Fasson stets am Lager.

Anerkannt erst- weisbuchene Fussstichchen gelehrt u.
klassig. Fabrikat

W. Hermann Müller Berlin, Magazinstr. 14.

Rohtabake
Besonders
empfehlenswert
Nr. 6203
Java - Sumatra
2. Länge Vollblatt
feiner Volland
à Pfd. 2.50 M verzollt.
Nr. 6395
Umblatt, zart, eriebig
flottbrennend
à Pfd. 1.25 M .
Nr. 6393
Märker
à Pfd. 0.90 M .
Neue Tabakpreisliste
Nr. 104
ist erschienen
Interessenten gratis u.
franko zu Diensten.

Fabrikations-Utensilien
Wickelformen, neue, zu Konventionspreisen
do. gebrauchte, billigst, stets grosses Lager
Formenpressen, solide gebaut, zu 10 Formen,
8, 16, 19 M , ganz aus Eisen 17.50 M .
Arbeitstische, Schemel, aus bestem Holz, neu
und gebraucht, billigst
Pa. Rollbretter, ast- und rissfrei, von 1.50 M an
Arbeitsmesser in unerreichter Güte
Hamburger Messer per 10 Stück 2 M
Echt engl. Amiac-Extrakt 2 1/2-Pfd.-Dose 5.50 M
Pa. Tragant 2, 2.50 M
Bündelmaschinen 75, 85 d , 1.25, 1.50 M usw.
Presskästen zu 2 Bund 80 d , zu 4 Bund 1.25 M
Einschlagpapier, blau, per Pfund 17 d
Packlack per Pfund 25 d
Kisten aus Pappe per 100 Stück 5.60 M
Ringe, geprägte, 20, 25, 30, 35 d per 100 Stück
Band, 50 Meter von 50 d an
Etiketten per 100 Stück von 30 d an
Preis per Kasse mit 3% Skonto von 10 M an.
Man verlange Preisbuch 25.

Hermeking & Boy Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183

Roh-Tabak
Bedarfs-Art.
Sumatra-Decke, sehr große Auswahl
hellfarb. Stüchl. à 225, 350 d
hellfarbiges Bollblatt à 300, 350, 400 d
mittelfarbiges Bollblatt à 280, 345,
350, 400, 470, 475, 500, 585, 600 d
kleines helles Bollblatt à 190 d
Vorstenland-Decke à 195, 325, 375, 400 d
Java-Decke, große Deckkraft à 250, 300 d
Java 100, 110, 115, 120, 145, 165, 170 d
Mexiko-Deck-Ersatz à 225 d
Brasil à 135, 145, 150, 165, 185, 200 d
Carmen à 110, 115, 120, 130, 135, 150, 160
Domingo à 110, 115, 120, 140, 145, 170 d
Yara-Cuba, großartige Qualität, 400 d
Havanna-Blätter, feine Qualität à 185 d
Losgut garant. überfeinst, fern-
Uckermarker à 85, 95 d , la 100 d
Preise verzollt inkl. Wertzoll und
Raffe mit 3 Prozent Skonto.

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen,
gebrauchte viele moderne Fassons
Pressen zu 10 Formen 8, 10, 16 M ,
mit Rad 19 M , ganz Eisen 26 M .
Presskästen zu 1000 Zigarren nur 550 d
Rollbretter 175, 200, Strohholz 300, 350 d
Bündelböcke, verstellbar, nur 125 u. 225 d
Arbeitsmesser v. J. A. Senfels 20, 30, 35 d
Laok, 8 Stangen 25 und 30 d
Papier, blau, ca. 40 Bogens 20 d , rot 25 d
Band, 50 Meter von 60 d an
Ringe ff. nur 20, 25 d , mit Porträt 45 d
Etiketten von 35 d per 100 Stück an
Gummi Tragant à 175, 200 u. 250 d p. Pfd.
Gebrauchte Arbeitstische, Pressen,
Rahmen, Siebe stets am Lager.
Preise per Kasse ohne Abzug.
Druckte Preise bei Tabak find sehr billig.

Licht ist Macht oder: Wie schütze ich mich vor
zu starkem Familienzuwachs?
Zu beziehen gegen Einsendung von 35 Pfg. in Briefmarken portofrei
durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Wiesbadener Volksbücher. Preis pro Bändchen 10 bis 30 Pfg.
Verzeichnisse umsonst.
Zu beziehen durch die Exp. d. Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21

Verantwortlicher Redakteur: F. Geyer, Leipzig, Südstrasse 51. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.